

# **Welt im Stress – Systemische Überlegungen in kritischer Lage<sup>1</sup>**

F. J. Radermacher<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Beitrag zum Top-Management-Symposium des Universitäts-Club Klagenfurt

<sup>2</sup> Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Vorstand des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n (FAW/n), zugleich Professor für Informatik, Universität Ulm, Präsident des Bundesverbandes für Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft (BWA), Berlin, Vizepräsident des Ökosozialen Forum Europa, Wien sowie Mitglied des Club of Rome

Korrespondenzadresse: Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW/n), Lise-Meitner-Str. 9, D-89081 Ulm, Tel. 0731-50 39 100, Fax 0731-50 39 111, E-Mail: [radermacher@faw-neu-ulm.de](mailto:radermacher@faw-neu-ulm.de), <http://www.faw-neu-ulm.de>

In diesen Text sind verschiedene Publikationen des Autors eingeflossen:

Radermacher, F. J.: Wege zum 2-Grad-Ziel – Wälder als Joker. Politische Ökologie 127, Bürgerbeteiligung 3.0, S. 128-131, 2011

Radermacher, F.J.: Warum die Einkommensspreizung balanciert sein sollte. FAW/n-Report, 2010

Radermacher, F. J.: Was macht Gesellschaften reich? Die Infrastruktur als wesentlicher Baustein. In: Die Zukunft der Infrastrukturen. Intelligente Netzwerke für eine nachhaltige Entwicklung (R. Loske, R. Schaeffer, eds.), Metropolis-Verlag, Marburg, 2005

## **Gliederung**

Einleitung .....	4
1. Weltweite Problemlagen .....	6
2. Die Entgrenzung des Finanzsektors – brandgefährlich .....	8
3. Welche Zukünfte sind möglich? .....	9
4. Ökosozial statt marktradikal .....	9
5. Wohlstand für alle – systemische Voraussetzungen.....	11
6. Differenzierung von Einkommen: vom rechten Maß .....	14
7. Die zentrale Rolle der Weltenergiefrage.....	26
8. Nach der Finanzkrise: Regulierungserfordernisse .....	28
9. 2°C-Ziel Post-Kyoto - Wälder und Humus als Joker .....	41
10. Doppelstrategie: Führung in schwierigen Zeiten .....	50
Literatur.....	52

## Einleitung

Die Welt sieht sich spätestens seit der Weltkonferenz von Rio 1992 vor der Herausforderung, eine **nachhaltige Entwicklung bewusst zu gestalten**. Das bedeutet insbesondere eine große Designaufgabe bezüglich der Wirtschaft, nämlich die Gestaltung eines nachhaltigkeitskonformen Wachstums bei gleichzeitiger Herbeiführung eines (welt-)sozialen Ausgleichs und den Erhalt der ökologischen Systeme. Im Jahr 2012, mit Blick auf die **Konferenz Rio + 20** wird deutlich, dass sich die Verhältnisse dramatisch verschlechtert haben. Wir haben die Zeit nicht genutzt. Ein extremer Verbrauch an Ressourcen, die höchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen aller Zeiten, ein völlig ungenügend reguliertes Weltfinanzsystem, Probleme in der Euro-Zone, Prekarisierung und Marginalisierung von immer mehr Menschen, Not und Elend rund um den Globus.

Ulrich Beck und Daniel Cohn-Bendit [2] stellen in dem von ihnen initiierten Manifest zur Neugründung Europas von Unten unter der Überschrift „Wir sind Europa“ jüngst folgendes zur aktuellen Lage fest:

*Die Jugend Europas, besser ausgebildet denn je, erfährt mit den drohenden Staatsbankrotts und dem Niedergang der Arbeitsmärkte ihr „europäisches Schicksal“. Jeder vierte Europäer unter 25 Jahren ist arbeitslos. Dort, wo das jugendliche Prekariat seine Zeltlager errichtet hat und seine Stimme öffentlich erhebt, geht es um die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Ob in Spanien, Portugal, in den Ländern Nordafrikas, oder in den amerikanischen Großstädten, oder in Moskau – diese Forderung wird überall machtvoll vorgebracht. Es wächst die Wut über eine Politik, die mit riesigen Summen Banken rettet, aber die Zukunft der Jugend verspielt. Doch welche Hoffnung bleibt dann für ein Europa, das immer älter wird?*

Wo liegen die Probleme? Was wäre erforderlich? Erforderlich wäre vor allem die Gestaltung der Wechselwirkung zwischen den Staaten in Richtung einer **Weltinnenpolitik**, eine Forderung, die auf **C. F. von Weizsäcker** [62] zurückgeht. In der Tradition des Club of Rome, der in diesem Jahr „40 Jahre Limits to Growth“ feiert [49], aber ebenso in der Tradition des Ökosozialen Forums Europa, der

Global Marshall Plan Initiative und des Senats der Wirtschaft e.V., geht es dabei um aktuelle, international brennende Themen, wie z. B. Weltsozialstrukturen, Regulierung von Steuerparadiesen und Offshore-Strukturen, Energie und Klima, Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm, soziale Balance, neue Wohlstandsbegriffe und „grünes“ Wachstum. In diesem Rahmen könnten Forderungen eines **Weltethos** [15, 17, 18, 19] und des **interkulturellen Humanismus** lebenspraktisch verwirklicht werden, ebenso Anliegen einer **intergenerativen Gerechtigkeit** [60]. Ferner würde durch adäquate Regelsetzung auch bewirkt, dass es sich ökonomisch nicht lohnt, gegen vernünftige Regeln und gegen schützenswerte Interessen anderer systematisch zu operieren. Das ist allerdings das genaue Gegenteil von dem, was heute passiert. Wir „marschieren“ in Richtung schwieriger Verhältnisse. **Die Welt ist im Stress** [9] und findet bisher keinen Weg, etwas dagegen zu tun, ein Thema, das der Autor schon vor Jahren auch im Kontext eines Theaterstücks [23] und eines Musicals [45] thematisiert hat.

Deshalb sind die Chancen zur Erreichung dieses Ziels vom Charakter einer **Balance** alles andere als gut. Wie im Folgenden beschrieben wird, ist das (nur) eine von drei prinzipiellen Zukunftsperspektiven für die Menschheit. Die anderen sind ein **Kollaps** oder eine **Neo-Feudalisierung/Brasilianisierung**, wahrscheinlich verbunden mit Terror und Bürgerkrieg [40, 41, 47, 48]. Der vorliegende Text beschreibt die drei Optionen und beschreibt eine **Doppelstrategie**, wie man am besten mit dieser Situation umgeht. Mit dem häufigen Hinweis auf einen Global Marshall Plan [1, 32] wird zugleich ein konkretes Programm thematisiert, wie Balance - in einer weltweiten Perspektive - vielleicht noch rechtzeitig gesichert werden kann [47].

# 1. Weltweite Problemlagen

## Explosive Beschleunigung

Die Welt befindet sich zum Anfang des neuen Jahrhunderts in einer extrem schwierigen Situation. Als Folge der ökonomischen Globalisierung befindet sich das weltökonomische System in einem Prozess zunehmender Entfesselung und Entgrenzung im Kontext des **Megatrends „explosive Beschleunigung“**, und das unter weitgehend inadäquaten weltweiten Rahmenbedingungen.

Das korrespondiert zu dem eingetretenen **Verlust des Primats der Politik**, weil die politischen Kernstrukturen nach wie vor national oder, in einem gewissen Umfang, kontinental, aber nicht global sind. Die beschriebenen Entwicklungen beinhalten zwar gewisse Chancen für Entwicklung, laufen aber gleichzeitig wegen fehlender internationaler Standards und durchsetzbarer Regulierungsvereinbarungen und der daraus resultierenden Fehlorientierung des Weltmarktes dem **Ziel einer nachhaltigen Entwicklung entgegen**. Die Entwicklungen erfolgen teilweise zu Lasten des sozialen Ausgleichs, der Balance zwischen den Kulturen und vor allem der globalen ökologischen Stabilität. Wo liegen dabei die ganz großen Herausforderungen?

## Die Umwelt- und Ressourcenfrage

Aufgrund der gegebenen Hinweise erweist sich im Kontext der Globalisierung der **Zugriff auf Ressourcen** und die **Erzeugung von Umweltbelastungen** als ganz großer Problembereich. Ohne Ressourcenzugriff kein Reichtum! Und Kollaps bei übermäßigem Zugriff. Wer kann, wer darf auf Ressourcen in welchem Umfang zugreifen? Das kann eine Frage von Krieg und Frieden werden.

Das rasche Wachsen der Weltbevölkerung **verschärft die Situation signifikant und in sehr kurzen Zeiträumen**. Die Menschheit bewegt sich in Richtung auf 10 Milliarden Menschen [14, 29]. Hinzu kommt das Hineinwachsen von Hunder-

ten Millionen weiterer Menschen in ressourcenintensive Lebensstile. Dies war lange Zeit ein fast ausschließliches Privileg der reichen Welt und ist eine der wesentlichen Folgen der forcierten Globalisierung in den letzten Jahrzehnten: aus Gerechtigkeitsüberlegungen wünschenswert, für die Nachhaltigkeit bisher ein Desaster.

Es könnte in der Folge der Entwicklungen in den nächsten Jahrzehnten trotz massiver Steigerung der Nahrungsmittelproduktion eng werden hinsichtlich der **Ernährung der Weltbevölkerung**. Um 2015 ist der **Höhepunkt der Ölproduktion** zu erwarten. Hier drohen erhebliche Problemlagen und Konflikte. Im Bereich der CO<sub>2</sub>-Emissionen bewegen wir uns wahrscheinlich heute schon auf eine **Klimakatastrophe** zu. Mit Blick auf den Bestseller »Kollaps: Warum Gesellschaften überleben oder untergehen« von Jared Diamond [4], der aufzeigt, welche Konstellationen in einer historischen Perspektive zum Zusammenbruch ganzer Gesellschaften geführt haben, deuten sich erhebliche Verwerfungen an. Der Ressourcendruck verschärft sich von mehreren Seiten und die (welt-)politische Situation ist nicht günstig, um mit diesem Thema adäquat umzugehen. Hinzu kommt, dass große Teile der Eliten - weltweit - eine Bewältigung dieser Herausforderungen bisher nicht als ihre zentrale Aufgabe ansehen. Insofern waren neue – nämlich **globale** wie einem universellen Nachhaltigkeitsprinzip verpflichtete – **Bildungsprozesse** weltweit erforderlich, die globalen Entscheidern übernationale wie interkulturelle und interreligiöse Notwendigkeiten/Motivationen vermitteln. Nationaler bzw. regionaler Gruppenegoismus wird zu Loose-Loose-Situationen führen: **Global Leadership ist gefordert!**

## **Der Bumerang-Effekt**

Die Frage der **Limitation des Verbrauchs nicht erneuerbarer Ressourcen** und der **Begrenzung der Umweltbelastungen in einer globalen Perspektive** tritt vor dem beschriebenen Hintergrund in das Zentrum aller Versuche zur Erreichung zukunftsfähiger Lösungen, denn der technische Fortschritt alleine, so sehr er die Umweltbelastungen pro produzierter Einheit zu senken vermag (**Dematerialisierung, Erhöhung der Ökoeffizienz**), führt aufgrund des so ge-

nannten **Bumerangeffekts** [25] in der Summe zu eher mehr als zu geringeren Gesamtbelastungen der ökologischen Systeme. In einem gewissen Sinne erweist sich damit unsere Intelligenz als ein großes Problem [61]. Mit jeder Frage nach Begrenzung, etwa der CO<sub>2</sub>-Emissionen, stellt sich aber sofort die weltweite und bis heute unbeantwortete **Verteilungsproblematik** in voller Schärfe.

## 2. Die Entgrenzung des Finanzsektors – brandgefährlich

Das vielleicht größte Problem weltweit ist zurzeit die Entgrenzung des Finanzsektors in Folge der Globalisierung in Form des **digitalen Kapitalismus** [8, 56]. Geld vagabundiert unkontrolliert um den Globus, sucht nach immer höheren Renditen, setzt Regierungen unter Druck und entsteht fast aus dem Nichts. Größtes Wertschöpfungssegment wird dabei einerseits die **Vermeidung von Steuerzahlungen** unter Ausnutzung komplexer internationaler Gesetzeslagen und der besonderen Möglichkeiten von **Off-Shore-Finanzplätzen**, andererseits die **Geldneuwertschöpfung** bzw. die Kreditaufnahme durch Premium-Schuldner. Die Modifikationen der Finanzmarktregulierungen der letzten Jahre von der Krise erlauben kleinen Gruppen von Premium-Akteuren die Generierung von Geld quasi aus dem Nichts durch neue Formen der Geldwertschöpfung unter Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente und bestimmter Formen von Schuldverschreibungen. Gleichzeitig ermöglicht die **Verlagerung von Arbeit** Gewinne bei wenigen zu Lasten hoher Verluste bei vielen. Mittlerweile kommt es zum Rückbau der Sozialsysteme in reichen Ländern, zu einer „**Ausplünderung**“ **des Mittelstandes** [12, 13, 52] und zu Reduktionen bei den Steuereinnahmen der Staaten (nach Abzug der Schuldzinsen). Insgesamt ist dies eine Entwicklung, bei der die Stabilität durch immer größere Kurzfristigkeit gefährdet wird, auch zu Lasten der Zukunft. Dies zeigt sich für alle deutlich in der aktuellen Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise, deren Ende noch nicht absehbar ist [38, 39, 56, 57]. Allerdings besitzt selbst diese Entwicklung den „Charme“, den hohe soziale Ungleichheit für Eliten besitzt und der unten vertieft im Sinne einer **Brasilianisierung** diskutiert wird.



### 3. Welche Zukünfte sind möglich?

Richtet man den Blick auf das weltweite Geschehen und berücksichtigt die nächsten 50 Jahre, so resultieren aus der beschriebenen Gesamtkonstellation, d. h. den Risiken bezüglich Umwelt und Ressourcen einerseits und den Risiken bezüglich sozialer und kultureller Balance andererseits, **drei mögliche Zukünfte** [22, 26, 29, 40] im Sinne von **Attraktoren**, die im weiteren kurz diskutiert werden und von denen zwei extrem bedrohlich und nicht mit Nachhaltigkeit vereinbar sind. Die drei Fälle ergeben sich aus der Frage, ob die beiden großen weltethischen Postulate: (1) **Schutz der Umwelt und Begrenzung des Ressourcenverbrauchs** und (2) **Beachtung der Würde** aller Menschen (eingeschränktes weltweites Demokratieprinzip) erreicht werden. Gelingt (1) nicht, machen wir also weiter wie bisher, kommt der Kollaps. Gelingt (1), ist die Frage „wie?“. Durch Machteinsatz zu Gunsten weniger, zu Lasten vieler – dann finden wir uns in einer Ressourcendiktatur und dazu korrespondierend in der Brasilianisierung wieder. Nur im Fall von Konsens landen wir in einem Modell mit Perspektive, einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft. Konkret ergeben sich also drei Perspektiven:

- (1) Business as usual führt letztlich zum ökologischen Kollaps.
- (2) Brasilianisierung als wahrscheinlichste Lösung
- (3) Weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft als Perspektive

### 4. Ökosozial statt marktradikal

Als Perspektive erscheint einzig der ökosoziale und im Kern ordoliberalen Ansatz regulierter Märkte, wie er für Europa (**soziale Marktwirtschaft**) und die asiatischen Volkswirtschaften (**Netzwerkökonomien**) typisch ist. Für dieses Modell gilt in einer **weltweiten** Perspektive die sogenannte Fundamentalidentität [10, 48]:

Das Modell der Ökosozialen Marktwirtschaft ist im Rahmen der Weltökonomie fortzuentwickeln [9, 21, 23, 27, 28, 29, 33, 36, 50, 51, 58, 59, 63, 70] und würde letztlich im Rahmen eines **Weltvertrages** [6] Forderungen eines Weltethos und des interkulturellen Humanismus [7] übersetzen in eine Form von **Weltinnenpolitik** mit **weltdemokratischem Charakter**, wie sie von C. F. von Weizsäcker immer wieder thematisiert wurde. Einen aktuellen Ansatz, einen solchen Weg weltweit zu befördern, stellt ein **Global Marshall Plan** dar, der Strukturbildung und Durchsetzung von Standards mit der Co-Finanzierung von Entwicklung verknüpft [1, 32, 51].

Die **Europäische Union** beweist in ihren Ausdehnungsprozessen trotz der aktuellen Schwierigkeiten der EURO-Zone permanent die Leistungsfähigkeit dieses Ansatzes. International sei ebenso auch auf das erfolgreiche **Montrealer Protokoll** verwiesen, das nach derselben Logik vereinbart wurde.

Das europäische Modell ist in dieser Logik der wohl einzige erfolgversprechende Ansatz für Friedensfähigkeit und eine nachhaltige Entwicklung und steht in scharfem Kontrast zu dem marktradikalen Modell der Entfesselung der Ökonomie (**Turbokapitalismus**) ohne die weltweit verbindliche Durchsetzung einer Verantwortung für die Umwelt und das Soziale. Dabei ist zu beachten, dass es den Marktfundamentalisten gelungen ist, ihre Position über manipulierte Bilder tief in den Gehirnen vieler Menschen zu verankern [20].

Begründungen für die Überlegenheit einer Ökosozialen Marktwirtschaft gegenüber dem Marktfundamentalismus werden offensichtlich, wenn man die **systemischen Voraussetzungen** von Wohlstand herausarbeitet [35]. Dies wird in Kap. 6 behandelt. Dort geht es darum, was erforderlich ist, wenn Wohlstand für die ganze Welt in Frieden mit der Umwelt das Ziel ist. Weltweit muss man dazu tun, was in guten Staaten funktioniert, nicht, was noch nie in einem Staat funktioniert hat. Die Welt könnte viel reicher sein. Verwiesen sei hierzu auf die **Zukunftformel**  $10 \sim > 4:34$  des Autors [28, 29]. Sie besagt im Wesentlichen,

dass die Welt bei richtiger Vorgehensweise in etwa 70 Jahren 10-mal so reich sein kann wie heute, wobei die heute reiche Welt etwa 4-mal so reich und die sich heute entwickelnden Länder etwa 34-mal so reich sein können. Das ist einerseits eine Frage weiterer extremer **technischer Innovationen** (für die die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen müssen), andererseits eine Frage der Veränderung der Lebensstile und Konsummuster, teils aus Einsicht in Notwendigkeiten und teils wegen veränderter Preisrelationen als Folge massiver **Innovationen in Global Governance**. Die Bevölkerung in den ärmeren Teilen der Welt wächst in dem hier beschriebenen Szenario dabei fast noch auf das Doppelte. Die **soziale Balance** auf dem Globus entspricht dann nach etwa 70 Jahren in etwa derjenigen heute in Europa. Die drohende **Ressourcenknappheit** wird durch entsprechende Rechtezuordnungen, Preisentwicklungen, neue Technologien und andere Lebensstile bewältigt. Der zukünftige Lebensstil wäre dann sehr viel weniger ressourcenintensiv als heute, u. a. wegen hoher Preise für Ressourcen. Hochwertige, kreative Dienstleistungen werden im Gegenzug sehr viel preiswerter.

## 5. Wohlstand für alle – systemische Voraussetzungen

Im Zuge der historischen Entwicklung ist es in den entwickelten Ländern gelungen, ein **hohes Maß an Freiheit** und **große Lebenschancen** für fast alle Menschen mit einem hohen kulturellen Niveau und großem Reichtum zu verknüpfen. Wenn man dies erhalten bzw. überall auf der Welt verwirklichen will, ist es wichtig zu verstehen, was Staaten reich macht. Was zeichnet funktionierende, wohlhabende, gute Staaten gegenüber anderen Staaten aus? Besonders wichtig ist die Grundsatzfrage, ob es primär exzellente Leistungen Einzelner sind, die Reichtum erzeugen oder erhalten, oder ob es eher **systemische Dimensionen** sind, die dafür erforderlich sind, also ein erfolgreiches System als Ganzes den Reichtum erwirtschaftet. Produzieren Individuen den Reichtum oder das System als Ganzes? Dieser Punkt hat zentrale Bedeutung auch für die Frage, wem welcher

Anteil des Reichtums legitimerweise oder vernünftigerweise zufallen soll (**Verteilungsfrage**).

Wenn wir dabei über reiche Länder sprechen, meinen wir hier nicht einzelne Länder mit meist kleiner Bevölkerung, die über besondere Bodenschätze, insbesondere Öl, Diamanten oder seltene Materialien verfügen und deren Reichtum auf der Ausbeutung dieser Ressourcen beruht. Diese Länder hängen im Prinzip an dem Reichtum, den andere Teile der Welt erzeugen. Oft haben sie **autoritäre**, teils patriarchalische Strukturen, die aus der Kontrolle und dem Verteilen des über Rohstoffhandel erzeugten Reichtums resultieren, und oft machen die Führungen ‚Deals‘ mit der reichen Welt zu Lasten ihrer Bevölkerung bzw. der Bevölkerung der benachbarten Länder. Häufig werden solche Rohstoffanbieter überhaupt nur deshalb von der reichen Welt **als Staat akzeptiert und beschützt**, um diese Art ‚Deals‘ machen zu können, eine besonders subtile Form der Machtausübung und Willkür der reichen Welt gegenüber der Bevölkerung der ärmeren Länder.

Insbesondere die **nachkolonialen Strukturen**, die die europäischen Mächte im Mittleren Osten hinterlassen haben, sprechen Bände. Wir haben dort Verhältnisse erzeugt, die bei uns undenkbar wären. Man stelle sich vor, der Landkreis Lüneburg würde sich nach Finden von Öl unter seinem Boden zum Staat ausrufen und die USA würde ihn anerkennen, ein Schutzbündnis mit ihm schließen und sich mit dem Landrat, der jetzt Präsident wird, den Gewinn aus dem Ölfeld teilen. Die umliegende deutsche Bevölkerung schaut dabei zu. Oder man stelle sich vor, die Europäer hätten die Unabhängigkeit eines Staates Texas von den USA zu garantieren versucht, nachdem dort Öl gefunden wurde.

Weltweit gibt es diesen Fall (**interessante Rohstoffe, kleine Bevölkerung**) nicht oft, da eine einfache Rechenübung zeigt, dass nicht für viele Menschen auf diesem Wege ein (abgeleiteter) Reichtum realisiert werden kann. Das gilt übrigens genauso für einen anderen Typus kleiner reicher Länder oder Enklaven (**Sonderzonen**) großer Länder, die entweder als Standort von Casinos (z. B. Macao) oder – noch viel attraktiver – als **Steuerparadies, Schwarzgeldum-**

**schlagplätze**, Standort von Briefkastenfirmen etc. ihren Wohlstand generieren. Von solchen Ländern kann man nicht viel darüber lernen, wie ein Land reich wird. Es sind eher „parasitäre“ Strukturen. Manches spricht dafür, dass diese Art von Reichtum sogar ein **Fluch** für ein Land und seine Menschen sein kann. Wir beschäftigen uns im Weiteren nicht mit dieser Ausnahmesituation sondern mit dem Normalfall.

### **Was macht Länder reich?**

Im Weiteren werden acht Punkte aufgezählt und analysiert, die aus Sicht des Autors von besonderer Bedeutung für den Reichtum eines Landes zu sein scheinen. Dies ist in dem Sinne gemeint, dass ein massiver Einbruch bei jedem dieser Punkte zur Folge hat, dass der Reichtum eines Landes kollabiert, egal, ob die anderen sieben Punkte erfüllt sind oder nicht, während Länder, bei denen alle acht Punkte gleichzeitig gegeben sind, empirisch betrachtet, reich sind. Diese acht Aspekte sind:

1. ein gut funktionierendes, leistungsfähiges **Governance-System**
2. exzellent ausgebildete und geeignet orientierte und motivierte Menschen (insbesondere: **Bildung, Gesundheit und Alter** als Kernfragen des Sozialen)
3. hervorragende **Infrastrukturen** auf internationalem Niveau
4. ein hervorragender **Kapitalstock**
5. Zugriff auf benötigte **Ressourcen und Erhalt der ökologischen Basis**
6. eine **leistungsfähige Forschung** und international konkurrenzfähige **Innovationsprozesse**
7. ein leistungsfähiges **Geld- und Finanzsystem**
8. eine enge **Einbettung** der Unternehmen und Menschen in weltweite Wertschöpfungsnetzwerke

## 6. Differenzierung von Einkommen: vom rechten Maß

In der Folge der Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise gibt es aktuell eine Debatte über Reichtum und Armut, eine sich zunehmend öffnende Schere im Sozialen und die Frage nach der **Gerechtigkeit der Einkommensverteilung**. Dabei werden sehr unterschiedliche Positionen eingenommen. Die einen beklagen, dass an der Spitze der Pyramide unglaublich viel Geld verdient wird, und dies teilweise unter Nutzung grenzüberschreitender, teils illegaler Prozesse weitgehend steuerfrei, während am anderen Ende der Einkommensverteilung die untersten Einkommensgruppen, aber auch die Hartz IV Empfänger unter Globalisierungsdruck, absurd niedrigen Löhnen und absehbaren weiteren Sparmaßnahmen zur Bewältigung der Staatverschuldung leiden müssen. Wir beobachten typische Phänomene einer **Umverteilung von unten nach oben**, verbunden mit einem Ausdünnen der Mitte, und einer Marginalisierung der Schwächsten (**Prekarisierung**). Dies hat zu einer Debatte über ein „**bedingungsloses Grundeinkommen**“ geführt, für das sich inzwischen auch manche Unternehmer einsetzen. Das Kontrastprogramm dazu ist eine zeitweise - im Besonderen durch den deutschen Außenminister - aggressiv geführte Debatte gegen das Sozialschmarotzertum. Hartz IV Empfänger und Niedriglöhner mutierten dabei zu einer Gruppe von Menschen, die relativ bequem und in „spätromischer Dekadenz“, in einer Hängematte liegend, zu Lasten des Mittelstands und anderer Leistungsträger ein gutes Leben führen.

In all diesen Debatten geht es immer auch um Argumente dafür, dass Menschen, die sehr viel verdienen, dies zu Recht tun. Manchmal wird gar versucht zu suggerieren, dass eine Besteuerung entsprechender Einkommen fast so etwas wie Wegelagererei darstellt. Zugleich wird die Demokratie dahingehend abqualifiziert, dass großen Mehrheiten gering verdienender Bürger vorgeworfen wird, dass sie über den Mehrheitsmechanismus „Straßenräuberei“ an Leistungsträgern und gut verdienenden „Wertschöpfern“ betreiben, wo diese doch ihr Geld aufgrund eigener Leistung ehrlich verdient hätten und wir alle von deren Leistung leben, um so mehr, als diese Gruppe ohnehin weit überproportional zum Gesamtvolumen an Einkommenssteuer beiträgt. An die Wand wird dann gerne auch das Schreckge-

spenst kommunistischer bzw. planwirtschaftlicher Verhältnisse gemalt und mit der **Auswanderung der Leistungsträger** gedroht. Begleitend wird behauptet, dass die schlechter Verdienenden so wenig leisten, dass ihre niedrige Honorierung angemessen für diese schlechte Leistung sei.

Demgegenüber geht eine andere Sicht von der **Menschenwürde** aus. Diese beinhaltet, dass für jeden Menschen angemessene Lebensbedingungen zu sichern sind. Das liegt in der Verantwortung des Systems, vor allem, wenn insgesamt ein hohes Maß an Gütern und Dienstleistungen produziert wird und punktuell unglaublicher Reichtum angehäuft wird. Insbesondere ist es nach dieser Argumentation nicht akzeptabel, dass ein marktwirtschaftliches Wirtschaftssystem nicht genügend attraktive Arbeitsplätze für qualifizierte Menschen anbietet. Wenn dem so ist, muss das System kompensatorische Geldzahlungen ohne Arbeit anbieten. Nicht einzusehen ist, warum Menschen gezwungen sein sollten, ihre wertvolle Lebenszeit in völliger Unterforderung und bei zu geringer Bezahlung in völlig unattraktive Arbeitsplätze zu investieren und dabei die Pläne derjenigen unterstützen, die an der Spitze dieses Systems stehen und dabei weit überdurchschnittlich verdienen. Noch weniger ist schließlich die Rolle von **Working Poors** akzeptabel, die, obwohl sie in 3 Jobs 16 Stunden pro Tag arbeiten, von ihrem Lohn nicht adäquat mit ihrer Familie leben können und sich und vor allem ihren Kindern keine guten Ausbildungs-, Erfahrungs- und Lebensperspektiven eröffnen können.

In diesem Abschnitt wird versucht, Argumente für eine **mittlere Position** zu finden. Es wird argumentiert für die Notwendigkeit von Differenzierung, von der Sache her, wie auch zum Wohl der gesamten Gesellschaft. Er fordert aber andererseits **balancierte Verteilungsverhältnisse**, also die Vermeidung extremer Ungleichheit bei den Einkommen. Einerseits, weil Balance den höchsten Wohlstand hervorbringt – dies ist eine zentrale Einsicht und Position der Vertreter einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft – andererseits aber auch, weil es sachlich angemessen ist. Diese sachliche Angemessenheit wird im Weiteren begründet.

### **Zu große Gleichheit schadet**

Es gibt historische Erfahrung mit zu weit gehender Harmonisierung bei den Einkommen. Dies korrespondiert zu planwirtschaftlich-kommunistischen Verhältnissen mit geringer Effizienz, mit geringer Motivation zu Vorleistungen und Risikoübernahme. Solche Verhältnisse sind nicht innovationsfördernd. **Innovation** ist aber der eigentliche Treiber von Wachstum und damit wachsendem Wohlstand. Entsprechende gesellschaftliche Systeme sind daher vergleichsweise arm. Sie sind für die meisten Menschen nicht besonders attraktiv, sie sind von der Historie abgewählt worden. Es gibt heut keinen Staat, in dem die 80% der Bevölkerung mit den niedrigsten Einkommen (nach Steuern, Sozialtransfers und innerfamiliären Lastenausgleich) mehr als 65% des Gesamteinkommens bei sich allokatieren. Die Vertreter einer weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft sehen deshalb 65% als ein Grenzniveau für eine **balancierte Equity** – ein noch höheres Ausgleichsniveau hat offenbar Nachteile. Eine Vorstellung darüber, was das 65% Niveau bedeutet, geben die folgenden Zahlen aus: Bei diesem Niveau liegt bei einem Durchschnittseinkommen von z.B. 25.000 Euro die Zahl derjenigen Personen mit 16-mal so hohem Einkommen (400.000 Euro) bei 0,01%. Für das Equityniveau 60% sind es 0,03%, für das Equityniveau 50% sind es 0,1%. Equitywerte unterhalb von 35% sind motivational nicht ausreichend, vgl. [26]. Interessanterweise ist aber das 65%-Niveau, also das niedrigste in reichen Ländern realisierte Niveau, gerade in **Nordeuropa** realisiert, d.h. in Ländern, die als besonders vorbildlich und leistungsfähig gelten, vgl. hierzu auch die interessanten Ausführungen in [65] (Hinweis: Spirit Level im Titel von [65] bedeutet „Wasserwaage“).

### **Zu viel Ungleichheit schadet**

Alle Länder, in denen die Ungleichheitsverhältnisse so hoch sind, dass bei den 80% mit den niedrigsten Einkommen (nach Steuern, Sozialtransfers und innerfamiliärem Lastenausgleich) weniger als 50% der Gesamteinkommen liegen, sind in der Regel sehr arme Länder und gerade deshalb für Teile ihrer Eliten sehr attraktiv. Dazu gehören im Besonderen Staaten mit fortdauernden Kolonialstrukturen in Lateinamerika und in Afrika. Das Extrem bilden Verhältnisse wie in Brasilien und Südafrika. In diesen Ländern verfügen diejenigen 20% mit den höchsten Einkommen über 60 bis 65% des Gesamteinkommens. Diese Gesellschaften werden als **Zweiklassengesellschaften** empfunden. Die Demokratie scheint



nur noch begrenzt geeignet, um die Interessen der Mehrheit der Menschen umzusetzen. Deshalb wird die untere Grenze einer balancierten Equity bei etwa 50% gesehen. Ist die Equity 50% und mehr, umfasst die Gruppe von Menschen, die mindestens das Durchschnittseinkommen verdienen, nämlich etwa 25% und mehr [26]. Bei mehr Ungleichheit (also z.B. einer Equity von 40%) rutschen zu viele Menschen unter das Durchschnittseinkommen. Das ist nicht attraktiv für eine Welt mit vielen gut ausgebildeten „Professionals“, die wiederum Voraussetzung sind für ein wohlhabendes System, das seinerseits ein breit gefächertes und leistungsfähiges Ausbildungssystem (viele Lehrkräfte und Administratoren), ein leistungsfähiges Gesundheitssystem (viele Mediziner und Administratoren), Good Governance (mit entsprechendem Personal) und noch mehr gut bezahlte Arbeitsplätze in der Wirtschaft voraussetzt.

### **Wir leben im Zustand einer globalen Apartheid**

Interessanterweise sind die Verhältnisse global, d.h. zwischen den Staaten, noch viel extremer als innerhalb der Staaten, selbst im Vergleich zu Südafrika und Brasilien. Global konzentrieren sich 70% - 80% der Einkommen bei den 20% Menschen mit den höchsten Einkommen. Der größte Teil dieser Menschen lebt in den OECD Staaten - ein Zustand der **globalen Apartheid**. Das ist einer der Gründe, warum die Welt viel ärmer ist, als sie sein könnte. Wenn im weiteren Text von einer angemessenen, balancierten Einkommensspreizung die Rede ist, dann geht es darum, dass in Wechselwirkung mit dem **Besteuerungssystem** nach Quertransfers innerhalb von Familien, Sozialtransfers etc. zum Schluss balancierte Verhältnisse entstehen, d.h. dass bei den 80% mit den weniger hohen Einkommen zwischen 50 und 65% des Kuchens liegen und bei den 20% mit den höchsten Einkommen zwischen 35 – 50% des Kuchens. Das ist die **universelle Balancesituation reicher, entwickelter Länder**.

Im Ergebnis werden derartige Verhältnisse auf sehr unterschiedliche Weise erreicht, z.B. durch die Art der **Einkommensspreizung** (besonders gering in Japan, besonders hoch in den USA), abhängig von der Art des **Sozialsystems** und vor allem der (**progressiven**) **Besteuerung**. Wesentlich ist aus Sicht dieses Textes das schließliche Erreichen eines balancierten Zustands. Balance scheint

mit dem höchst möglichen Wohlstand zu korrespondieren. In reichen Staaten bringt Balance in fast allen Lebensbereichen (Gesundheit, Ausbildung, Teenager-Schwangerschaften, Fettleibigkeit, Gefängnisfrequenz, Vertrauen in andere, Vertrauen in die Zukunft etc.) die besten Ergebnisse hervor. Je mehr Balance innerhalb des betrachteten Spektrums, also je näher an 65% des Kuchens für die 80% mit den geringeren Einkommen und je näher an 35% für die 20% mit den besseren Einkommen, desto besser, vgl. [65]. Die hier verfolgte Perspektive gilt weltweit, nicht nur national oder kontinental.

### **Mathematik der Aufteilung – generelle Beobachtungen**

Die hier getroffenen Aussagen basieren auf mehrjährigen Untersuchungen zu abstrakten Verteilungsfragen [26, 48]. Es geht darum, wie man ein Volumen auf eine Population aufteilt. Es ist dabei logisch unvermeidbar, dass eine Gesellschaft, die wenigen Mitgliedern sehr hohe Anteile im Sinne eines Vielfachen des Durchschnitts zukommen lassen will, das nur erreichen kann, wenn die übrigen, also fast alle, deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Ob nun wirklich große Leistungsunterschiede zwischen den Beteiligten vorliegen, oder ob im Sinne von Pyramidenspielen, wie z.B. bei Sportereignissen, zum Schluss immer irgendwer, aber immer **nur einer** (oder ganz wenige), ganz oben auf dem „Treppchen“ steht, die Konsequenzen sind immer dieselben. Es ist logisch immer so, dass es die besondere Belohnung in der Spitzenposition nur geben kann, wenn die anderen deutlich unter dem Durchschnitt liegen.

Man sollte vor diesem Hintergrund aus der Spitzenposition heraus vorsichtig sein zu argumentieren, dass die anderen sich anstrengen sollten, dann wäre es für sie alle möglich, das zu erreichen, was der oder die eine erreicht hat. **Das ist falsch**, das würde der Logik der Mathematik dieser Thematik fundamental widersprechen.

**Die Premiumposition gibt es nur in Wechselwirkung mit der Nicht-Premiumposition von fast allen anderen** - „Wenige Häuptlinge, viele Indianer“. Wären alle Indianer Häuptlinge, wäre es nicht besonders attraktiv, Häuptling zu sein. Anders ausgedrückt bedeutet das, dass eine Argumentation, die vorgibt,

dass alle, wenn sie sich nur genügend anstrengen, das haben können, was wenige in Spitzenpositionen haben, in sich logisch nicht konsistent ist. Das ist im Übrigen für die meisten offensichtlich, solange nicht geklärt ist, wer die Spitzenposition inne hat. Anders ist es, wenn die Position besetzt ist. Mit dem Inhaber einer Spitzenposition ist schwer zu diskutieren und meist hat er weit überproportionale Möglichkeiten, seinen Standpunkt durchzusetzen. Der vorliegende Text argumentiert an dieser Stelle für **Klugheit und Mäßigung der Erfolgreichen** – aus Einsicht in die Zusammenhänge und aus wohlverstandendem Eigeninteresse.

### **Chancengleichheit ist wichtig, reicht aber nicht aus**

Das Konzept der Chancengleichheit wird sehr gerne als Ausgangspunkt benutzt, um zu begründen, dass bestehende Verteilungsverhältnisse in Ordnung sind. Der Gerechtigkeit ist dann Genüge getan. Man vergleiche hierzu die folgenden Ausführungen für die Verhältnisse in den USA in den letzten 20 Jahren:

*However, surveys certainly suggest that Americans, like the citizens of most other rich democracies, see "equal opportunity" as a necessary condition for legitimating unequal outcomes. In an era when wage gains were largely confined to jobs near the top of the distribution, the claim that everyone should have a fair chance of getting such jobs seemed to become more politically salient. There is little evidence that intergenerational income mobility actually rose during this period. But narrowing the dispersion of test performance may nonetheless have appealed to Americans because they wanted to equalize opportunity.*

Nun ist Chancengleichheit ein wichtiges Ziel, das verfolgt werden sollte und das im Übrigen bei uns nicht erreicht ist – das zeigt jede **PISA-Studie** aufs Neue. Zur Legitimierung an sich abzulehnender, tatsächlicher gesellschaftlicher Zustände trägt das Prinzip der Chancengleichheit aber erst recht nicht bei. Das zeigt folgende Überlegung. Der Extremfall eines ungleichen Verteilungssystems mit Chancengleichheit ist das **Losen**, gemäß dem Prinzip, dass der, der gewinnt, alles bekommt - „The winner takes it all“. Das ist von den Chancen her völlig gerecht. Jeder hat dieselben Chancen. Chancengleichheit ist bei diesem Ansatz viel besser erfüllt als in allen heute existierenden Gesellschaften. Dieser Weg erscheint aber in keiner Weise als besonders zielführend. Vor allem etablierte Eliten

würden diesen Ansatz völlig ablehnen. Sie mögen, wenn überhaupt, nur Auswahlprozesse, die ihnen, ihresgleichen und ihren Kindern eine hohe Wahrscheinlichkeit geben sich durchzusetzen, den anderen entsprechend nur eine kleine – und das wird dann als Chancengleichheit „verkauft“, z.B. privat bezahlte Eliteschulen für alle eigenen Kinder und wenige Stipendien für exzellente Kinder aus ärmeren Familien – als Beweis für die Durchlässigkeit des Systems und gegebenenfalls zur „Blutaufrischung“.

Wenn man sich einmal über den natürlichen Charakter dieser unvermeidbaren Verteilungssituation im Klaren ist, wird man ein gewisses Maß an Ausgleich im Sinne von Rawls für sinnvoll halten und nicht die Chancengleichheit benutzen, um nicht erträgliche Zustände zu rechtfertigen. Chancengleichheit ist wichtig, aber zu wenig.

### **Ohne funktionierende Ordnung ist breiter Wohlstand unmöglich**

Der Staat ist ein wichtiger Vorlieferant für die Möglichkeit, Wohlstand überhaupt erzeugen zu können. So, wie man in der Automobilzuliefererindustrie die Zulieferer bezahlt, so müssen wir alle den Staat bezahlen, der viele unverzichtbare Vorleistungen für Wohlstand erbringt. Das geht von der Organisation von Rechtssicherheit bis hin zur Bereitstellung von Infrastruktur, von allgemeiner Bildung und Sicherung des sozialen Zusammenhalts bis hin zu sozialem Frieden. Historisch betrachtet haben sich Demokratien herausgebildet, um diesen Frieden herzustellen.

In der Demokratie haben die, die ökonomisch nicht die erfolgreichsten sind, bzw. die, die nicht die höchsten Einkommen beziehen, immer und logisch zwingend die Mehrheit der Stimmen. Diese Mehrheit der (im ökonomischen Sinne) nicht so Erfolgreichen wird tendenziell Entscheidungen herbeiführen, die im Besonderen aus ihrer Sicht sinnvoll sind. Soziale Differenzierung zu Gunsten Weniger braucht hier eine „**Licence to operate**“, die Zustimmung der vielen. Querfinanzierungsprozesse, die insbesondere auch die inhärente Knappheit bestimmter Spitzenpositionen reflektieren, finden hier ihre Begründung. Im Sinne von Rawls (und seines „Schleiers der Unwissenheit“) repräsentieren sie akzeptable Lösungen für

alle, wenn man im Vorhinein nicht weiß, ob man später einer der wenigen Gewinner oder einer der vielen Sonstigen sein wird. Wenn nicht im vornhinein klar ist, wer die Spitzenposition bekommen wird, resultiert aus der a priori Unsicherheit eine gewisse Mäßigung in der Verteilungsfrage, auch bei der potentiellen späteren Spitze – also den Personen, die den „Marschallstab“ im Tornister tragen werden aber noch nicht wissen, ob es letztendlich zum „Marschall“ reichen wird.

### **Finanzierung der Voraussetzung von Wertschöpfung**

Eigentlich offensichtlich, aber vielfach nicht akzeptiert, gilt folgendes: Wir verdienen, auch im übertragenen Sinne von „Verdienen“, nicht unser Brutto, sondern unser Netto. Wir sollten dankbar dafür sein, Steuern bezahlen zu dürfen, um eine Gesellschaft zu ermöglichen, in der wir unser Brutto vereinnahmen können, von dem wir die Steuern und Sozialleistungen bezahlen können, um schließlich ein Netto behalten zu dürfen. Die staatlichen Vorleistungen für die Ermöglichung von Wohlstand sind zu finanzieren. Deshalb ist es wichtig, Steuern nicht als Mechanismus von Umverteilung zu sehen, sondern als Finanzierungsvoraussetzung für die Herstellung der Voraussetzung von Wertschöpfungsfähigkeit. Es ist von der Sache her, aus Gerechtigkeitsgründen wie von den verfügbaren freien Finanzvolumina aus betrachtet angemessen, dass der, der am meisten von einem System profitiert, auch überproportional in die Ermöglichung dessen zahlt, wovon er überproportional profitiert.

### **Wir sind alle Zwerge auf den Schultern von Riesen**

Unsere eigenen Beiträge sind wichtig für die Erzeugung von Wohlstand. Aber was uns möglich ist, resultiert vor allem auch aus den **Leistungen der Generationen** vor uns, auf die wir aufbauen, die uns ermöglichen zu tun, was wir heute tun können. Insbesondere haben sie die Voraussetzungen zur Erzeugung von neuem Wissen auf der Basis von schon vorhandenem Wissen geschaffen und ebenso die Institutionen, Systeme und Infrastrukturen aufgebaut, auf die wir uns abstützen können. In dem Sinne profitiert jeder von einer über die Generationen laufenden **systemischen Steigerung der Leistungsfähigkeit**. Individuell können wir uns nur Teile der erzielten Ergebnisse zuschreiben, das sollte zu etwas mehr Demut und Bescheidenheit einerseits und Dankbarkeit und Freude anderer-

seits Anlass geben. Systemische Voraussetzungen sind **gemeinsamer Besitz** eines Staates und seiner Menschen und zukünftig immer mehr auch der ganzen Menschheit. Der Erhalt systemischer Voraussetzungen ist zu finanzieren. Das System in seiner historischen Entwicklung ist insofern wichtiger als die Exzellenz Einzelner. Gute Systeme bringen dabei immer exzellente Personen zur Besetzung all ihrer Spitzenpositionen hervor und für jede ausfallende Person wird meist rasch ein Ersatz gefunden. Die Friedhöfe sind voll von Personen, die sich für nicht ersetzbar hielten. Der nächste Punkt verstärkt diese Sicht.

### **Vieles im eigenen Erfolg ist Glück**

Wieso haben es manche so weit gebracht, dass sie ihre Exzeptionalität (auch mit entsprechender Honorierung) hervorbringen konnten, während dies den meisten anderen nicht gelingt? Wenn man sich die Biographien von erfolgreichen Menschen im Beruf ansieht, dann haben sie viel zu tun mit spezifischen, manchmal singulären **Erfahrungsmöglichkeiten**. Erfolg hat sicher mit eigener Kompetenz und hohem persönlichen Einsatz zu tun, aber häufig auch damit, dass man **zum richtigen Moment an der richtigen Stelle** war und dort die richtigen Menschen kennenlernte. Man lernt in jedem Position dazu. Für viele Positionen, für viele Aufgaben ist eine entsprechende Erfahrung Voraussetzung - man entwickelt sich von Qualitäts- und Erfahrungsniveau zu Qualitäts- und Erfahrungsniveau. Es hat oft auch etwas mit **Glück** zu tun, wer im richtigen Moment an der richtigen Stelle ist. Insofern, als der eigene Erfolg auch viel mit Glück zu tun hat, sollte das Thema nicht „The winner takes it all“ sein, sondern es sollten gesellschaftliche Verhältnisse angestrebt werden, die im **Rawl'schen Sinne** für alle sinnvoll sind, nicht nur für die Gewinner. Dazu gehören Elemente von Querfinanzierung.

### **Primär das System erzeugt den Wohlstand**

Wenn man sich fragt, warum bestimmte Aufgaben (z.B. Taxi fahren oder Arbeiten in der Gastronomie) heute in der Schweiz oder in Deutschland so viel höher honoriert werden als z.B. in Polen oder in Bangalore, obwohl es eigentlich dieselben Tätigkeiten sind, dann liegt das an dem Systemniveau, auf dem sich die Gesellschaft bewegt, in der man lebt [15]. Die Bezahlungen in einer Gesellschaft sind, zumindest in Teilen, in Relation zueinander zu sehen, um Menschen über-

haupt zu sehr unterschiedlichen Tätigkeiten motivieren zu können. Das jeweilige absolute Niveau in einem Staat hängt an der Position dieses Staates in der **weltweiten Arbeitsteilung und Wohlstandspyramide**. So profitiert man persönlich von einem System, zu dem man gehört. Insofern ist es gerechtfertigt, in dieses System zurück zu investieren bzw. zurückinvestieren zu müssen.

### **Wir alle profitieren von Arbeitsteilung und Kooperation**

Deuten schon die Vorleistungen früherer Generationen und die Rolle des erreichten Systemniveaus auf nicht-individuelle Dimensionen im Honorierungsniveau hin, so gilt das erst recht bei Berücksichtigung der Rolle von **Arbeitsteilung und Kooperation**. Arbeitsteilung und Kooperation sind Voraussetzung für hohen Wohlstand. Wohlstand ist zwangsläufig und unauflösbar mit der Ausführung von ganz unterschiedlichen Aufgaben verbunden. Im Besonderen die, die Premiumpositionen innehaben, die sehr viel Geld in sehr kurzer Zeit verdienen, profitieren extrem von den übrigen, weniger attraktiven Positionen. Denn diese ermöglichen den Wenigen erst zu tun, was sie tun. Das geht von der Verfügbarkeit von Flügen und Zügen über die Wartung von Automobilen bis zur Verfügbarkeit von Hotels, Restaurants, Reinigungsdiensten, Schreibdiensten, Wachdiensten etc. Das betrifft also vor allem die Mehrzahl der vielen Jobs, die unter Marktbedingungen tendenziell austauschbar und einfach gegeneinander ausspielbar sind mit der Möglichkeit, den Preis für Entlohnung niedrig zu halten bzw. in der Globalisierung sogar zu senken. Aber von der Sache her sind es gerade diese vielen Jobs, die den Wenigen ermöglichen, besonders viel zu verdienen. Insofern leiden die Menschen mit besonders hohem Einkommen auch am meisten darunter, wenn, aus welchem Grund auch immer, keine Flugzeuge fliegen (wie jüngst beim Ausbruch des Vulkans Eyjafjallajökull in Island), keine Züge fahren (bei einem Streik), keine Automobile fahren (z.B. weil die Lastwagenfahrer oder Bauern die Autobahn blockieren). Was macht der weltberühmte Operateur mit den „goldenen Händen“, wenn keine Assistenzärzte, Krankenschwestern, Sekretärinnen, Techniker etc. da sind? D.h., die Leistung der Vielen ist Voraussetzung für die hohen Einkommen der Wenigen. Wenn man das anerkennt, muss vernünftigerweise etwas an diese Ermöglicher zurückfließen und die Verhältnisse müssen für alle akzeptabel sein.

### **Die eigene Exzeptionalität**

Viele Menschen reklamieren für sich sehr hohe Einkommen, weil sie ganz besonderes viel leisten, z.B. als Vorstandsvorsitzender, als Parteivorsitzender. Diese Forderung ist berechtigt, denn sie leisten Besonderes. Wahr ist auch, dass nicht jeder andere tun könnte, was sie tun. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wäre prinzipiell wohl nicht dazu in der Lage. Vielleicht nicht einmal dann, wenn ihnen dieselben Möglichkeiten im Leben geboten worden wären wie denjenigen, die es geschafft haben. Das ändert aber nichts daran, dass es für jeden Spitzenakteur auch hundert andere gibt, die dasselbe tun könnten. Hunderte, die auch befähigt gewesen wären für dieselbe Position. Hundert andere, die gerne die Position übernommen hätten, wenn sie nicht durch den blockiert gewesen wären, der sie bereits inne hatte. Viele Fragen auf dieser Welt über Chancen und Karrieren wurden negativ davon bestimmt, dass es einen anderen gab, z.B. als Bundeskanzler oder Vorstandsvorsitzender, der eine Position 10 – 15 Jahre „blockiert“ oder alternativ und positiv, dass es einen solchen nicht gab, dass sich plötzlich eine **Lücke auftat**. In diesem Sinne ist auch die Tatsache, dass man selber viel leistet, noch nicht ausreichend als Begründung dafür, warum man exzeptionell ganz anders bezahlt werden sollte, als alle anderen. Noch einmal: Noch fast jeder, der unerwartet starb, wurde relativ schnell ersetzt, obwohl er vorher glaubte, er sei unersetzlich.

### **Balancierte Equity**

Die hier diskutierten Überlegungen gehören zum „genetischen Code“ der Konzeption einer **weltweiten Ökosozialen Marktwirtschaft**. Die Vertreter dieser Position halten die Kombination von Markt und Nachhaltigkeit, die in den heutigen weltökonomischen Systemen offensichtlich **nicht** besteht, für möglich und bezeichnen jede weltweite Marktwirtschaft als **ökosozial**, die diese Ziele verbindet. Dies korrespondiert zur sogenannten **Fundamentalidentität**:

Markt und Nachhaltige Entwicklung = Ökosoziale Marktwirtschaft
--



Untersuchungen untermauern, dass Ökosoziale Marktwirtschaften auf Dauer den höchsten Wohlstand hervorbringen. Die Equity in einem System ökosozialen Typs sollte zwischen 50 und 65% gehalten werden, d.h. die 80% Personen mit den niedrigeren Einkommen (nach Steuern, Sozialtransfers und innerfamiliärem Lastenausgleich) sollen etwa 50-65% der Einkommen bei sich konzentrieren, d.h. nicht weniger als 50%, aber auch nicht mehr als 65%. Der Blick wird hierbei auf das **große Muster Arm/Reich** gelenkt im Unterscheid zur heute üblichen Betrachtungsweise. Hier beschäftigt man sich bevorzugt mit der Binnendifferenzierung von unterem Mittelstand, Working Poor und Harz IV, vielleicht auch, um Angst und Druck vor weiterem sozialem Abstieg zu erzeugen. Das alles dominiert die Diskussion, obwohl die aufaddierten Einkommen aller dort Platzierten, je nach betrachteter Gruppe, weniger als **5-10%** des Gesamteinkommens ausmachen. Eine balancierte Equity und damit balancierte Einkommen sind Teil der Grundphilosophie einer Ökosozialen Marktwirtschaft. Dabei kann man unmittelbar bei den Einnahmen ansetzen oder über progressive Besteuerung und die Finanzierung der Sozialsysteme nachregulieren oder auf Stiftungen und Charity setzen. Entscheidend ist, wie die Verteilung am Ende aussieht. Nicht der gute Wille oder die gute Theorie oder die philosophische Begründung ist zum Schluss entscheidend, sondern immer die Frage, was herauskommen soll: Wohlstand für alle und Nachhaltigkeit der Systeme in weltweiter Ausprägung und mit Blick auf zukünftige Generationen.

Marktmechanismen sorgen im ökosozialen Modell für Innovation, Wohlstand und eine individuell vielfältige Welt, Nachhaltigkeit sorgt demgegenüber für die Berücksichtigung der Nöte **aller** Menschen wie auch der Natur und darüber hinaus für die Berücksichtigung der Eigenrechte der Natur jenseits der Notwendigkeit der Natur für den Menschen.

Zentral ist dabei das **Setzen von Grenzen** und die Herbeiführung von Balance. Die Vertreter einer Ökosozialen Marktwirtschaft fordern konsequenterweise, dem sogenannten „magischen Viereck in der Volkswirtschaftslehre“, das im Stabilitätsgesetz von 1967 verankert ist, einen balancierten Ausgleich als Staatsziel hinzuzufügen. Ein derartiges Setzen von „Grenzen“ und „Leitplanken“ ist seit je-

her eine zentrale Aufgabe der **Zivilisationen** und **Kulturen**, die das Austarieren von Markt und Nachhaltigkeit, von monetarisierten und nicht-monetarisierten Prozessen von je her und spezifisch zu leisten hatten und haben [68].

## 7. Die zentrale Rolle der Weltenergiefrage [41]

Die Menschheit bzw. ihr reicher Teil verdankt aufgrund des Gesagten heute ihren hohen Reichtum einer Reihe von systemischen Voraussetzungen, zu denen auf Ressourcenseite zentral der Verfügbarkeit sehr großer Depots an **fossilen Energien**, insbesondere Kohle, Gas und Erdöl gehören, die in Millionen Jahren aufgebaut wurden. Wir verbrauchen diese Depots relativ schnell, haben dadurch aber einen enormen „**Windfall Profit**“ an erzeugbarem Reichtum. Wenn wir weltweit keine Rückschritte erleben wollen, wenn wir insbesondere Milliarden weitere Menschen in die Weltökonomie integrieren und für bessere Lebensumstände überall sorgen wollen, dann ist das unter Bedingungen des absehbaren Rückgangs der verfügbaren Menge an Öl und Gas (wie im Kontext von „Peak-Oil“ absehbar), enorm problematisch, insbesondere, weil die Nutzung fossiler Rohstoffe zusätzlich mit **erheblichen CO<sub>2</sub>-Emissionen** verbunden ist und eine billige Kompensationstechnik dafür bisher nicht in Sicht ist. Hinzu kommt, dass mit der Atomkraft zwar eine Alternativenergie vorliegt, diese aber aus der Sicht vieler ein zweiseitiges Schwert ist, verbunden mit enormen weiteren Problemen, z. B. auf der Sicherheits-, Entsorgungs- und Akzeptanzseite. Daraus resultiert z. B. der **Ausstiegsbeschluss Deutschlands** in jüngster Zeit als Folge des atomaren Unfalls in Fukushima in 2011. Das heißt, die Welt braucht dringend **andere Energiesysteme**, solche die werthaltig, nachhaltig und ohne ‚end of pipe‘ Probleme sind. Und Europa braucht dieses System, um seine **Firmen??** zu stabilisieren. In 2011 musste der EU-Raum in der Bilanz mehr als 400 Milliarden Euro nach außen überweisen, das Geld ..... Europa kann mehr aufbringen. Energie muss mehr Wertschöpfung vor Ort bringen und Devisen nach außen tragen.

Das ist ein Thema, bei dem es heute in der öffentlichen Debatte eine starke **Fi- xierung auf die Sonne** gibt. Das ist angesichts der Größe der Sonneneinstrahlung nachvollziehbar. Die Sonne bringt enorme Energiemengen permanent auf die Erde. Dies aber leider nur in einer sehr geringen Energiedichte und diskontinuierlich. Das „Ernten“ ist deshalb schwierig. Auch könnten die „Erntemethoden“, von Windrädern über Photovoltaik bis zu Biomasse und Holzschnitzeln durchaus wirkungsvoller sein. Gibt es weitere Alternativen, insbesondere solche, die zu einer preiswerten und CO<sub>2</sub> neutralen **Energiequelle großen Volumens** führen, die nach Sicht des Autors Voraussetzung dafür ist, zukünftig 10 Milliarden Menschen ein Leben in Reichtum, Frieden mit der Natur und Balance untereinander zu ermöglichen?

Ja, es gibt solche Alternativen. Wie so oft, kann der technische Fortschritt das Bild verändern – falls die Finanzierungs- und Governancebedingungen stimmen, also die entsprechenden Anstrengungen unternommen werden und letztendlich zum Erfolg werden – was man allerdings in der Regel erst im Nachhinein weiß. Unsere Gesellschaft erweist sich allerdings in den letzten Jahrzehnten, nicht zuletzt aufgrund der völlig absurden Anreizstrukturen im Finanzsektor als unfähig, die erforderlichen Innovationsprozesse auch nur zu starten.

Drei solche Ansätze [41, 47] werden nachfolgend erwähnt:

**(1) Aufwindkraftwerke** [54]

Große „Schornsteige“ in Wüsten, in denen heiße Luft aufsteigt und eine Turbine anbeibt.

**(2) DESERTEC** [3]

Mitinitiiert durch den Club of Rome, Nutzung der Solarpotentiale in der Sahara, Förderung der Zusammenarbeit zwischen Nordafrika und Europa, insbesondere auch zur Erschließung Nordafrikas, verknüpft mit der Schaffung leistungsfähiger kontinentaler bzw. sogar Kontinente-übergreifender Overlay-Netze auf Basis von Hochspannungs-Gleichstromnetzen mit minimalen Transportverlusten.

### (3) **SC-GeoPower-Kraftwerke im GW-Bereich** [5]

Erschließung der unerschöpflichen, hochkonzentrierten Energiepotentiale im Inneren der Erde in Tiefen von mehreren Tausend Metern, hoffentlich zukünftig auch in tiefen von 15 km und mehr, zur Produktion von (perspektivisch **superkritischem**) **Wasserdampf**. Hierfür sind neue Bohrtechnologien, z. B. SuperTief-Bohrtechnologie auf Basis eines (hoffentlich realisierbaren Schmelzbohrverfahrens, ein alternativer neuer Ansatz.

## 8. **Nach der Finanzkrise: Regulierungserfordernisse** [44]

Jahrzehntelang hat sich die westliche Politik, beginnend mit dem historischen „Sieg“ über den Kommunismus, der immer vehementer vorgetragenen Philosophie der „freien Märkte“ als Letztinstanz und adäquater Regulierungsstruktur für immer mehr Bereiche des Lebens hingegeben. Die Devise hieß TINA: **There is no Alternative**. Diese Devise ist falsch. Es gibt immer Alternativen. Es gibt aber auch **starke Interessen**, die vom Status Quo profitieren und die derartige Alternativen mit aller Macht verhindern wollen.

Zugegebenermaßen wurde über die Entfaltung der Marktkräfte im Rahmen der Globalisierung vieles erreicht, z. B. in China und Indien, aber teils um einen hohen Preis. Das System ist heute **extrem überschuldet**. Und die zunehmende Bedrohung der Umwelt- und Ressourcenbasis kann bei weiteren Fehlern zur Folge haben, dass die als Zusage verbrieften Leistungsversprechen wie die in Breite bestehenden Forderungen an die Zukunft nie werden eingelöst werden können. Hinzu kommt, dass sich die soziale Balance in den letzten Jahren vielerorts deutlich verschlechtert hat. Das Klima zwischen den Menschen wurde rauer, viele Menschen sind wegen der Entwicklung **verbittert** – Stress pur. In vielen entwickelten Ländern haben sich große Niedriglohnsektoren und **prekäre Arbeitsverhältnisse** ausgebreitet, während die Steuern für die großen Gewinner dieser Prozesse ständig gesenkt wurden. In anderen Teilen der Welt wird die Menschenwürde mit Füßen getreten. Am Ende stellt sich die Frage – wofür das alles? Erfolge ja, aber viel zu oft auch nur Scheinerfolge, dazu viele Halbwahrheiten,

viele „Mogelpackungen“, massive Umweltbelastung, überzogener Ressourcenverbrauch und Klimaproblematik, Hunger und Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen, **Umverteilung von unten nach oben**, „**Entleerung**“ der **Demokratie**, legalisierte und nichtlegale Steuerhinterziehung, Verdeckung von Eigentums- und Gewinnmitnahmestrukturen gemäß der Devise: Off-shore, Off-sheet. Es ist ein Skandal, dass weltweit die höchsten Gewinnmitnahmen mit den geringsten Steuern belastet sind.

Und jetzt kommt zu alledem noch die Finanz- und Eurokrise dazu. Sie hat ihre Ursachen auch in einer unzureichenden Finanzkultur einzelner Staaten. Vor allem ist sie aber zum jetzigen Zeitpunkt eine Folge der Weltfinanzkrise. Nach unglaublichen, in der Sache durch **nichts begründeten Gewinnmitnahmen Weniger**, folgt jetzt die Sozialisierung der Verluste. Und dies passiert zu Lasten ohnehin schon hochverschuldeter Staaten, denen von interessierten Kreisen in manchen Fällen durchaus zu Recht, manchmal aber auch zu Unrecht, Ineffizienz, Selbstbedienung, Disziplinlosigkeit und ein Zuviel an sozialen Wohltaten vorgeworfen wird, während diese Staaten gleichzeitig in der Folge über Spekulation gegen ihre Währungen und gezielte Ratinganpassungen ein weiteres Mal ausgeplündert werden. Die Opfer dieser Prozesse sind wieder die **Menschen in großer Breite**.

Der internationale Protest hat die Verlogenheit und das hohe Gefährdungspotenzial Casino-kapitalistischer Verhältnisse erkannt und hält endlich dagegen, hoffentlich mit Erfolg.

### **Die weitgehende Hilflosigkeit des einzelnen Staates – Supranationale Koordinierung (Governance) als Antwort**

In einem global immer schneller agierenden Casino-Kapitalismus wird überall und immer schneller spekuliert, kreativ gestaltet, vermarktet und manipuliert. Der **Nationalstaat** ist als Einzelner der Macht des Finanzsektors **relativ machtlos ausgeliefert**. Und der immer noch stärkste Staat, die USA, wirkt wie fernge-

steuert durch das Finanzkapital. Die EU ist in der Regel zu uneinig, um kraftvoll agieren zu können und die notwendige supranationale Kooperation auf UN- oder z. B. G-20-Ebene ist bisher wegen gravierender Interessenunterschiede nicht gelungen. Eine Sonderrolle nehmen dabei immer wieder die USA, häufig auch Großbritannien, ein.

Was wäre als Alternative zu dem nichtakzeptablen Status quo stattdessen zu leisten? Die Politik muss Pflöcke einschlagen, muss die **Macht des Finanzsektors- und des Schattenbankensystems** brechen, muss nachhaltigkeitsadäquate Leitplanken für globale Märkte durchsetzen. Diese müssen geeignet sein, die aktuelle Krise zu überwinden und allen Menschen sowie zukünftigen Generationen eine **Wohlstandsperspektive** ermöglichen - in Übereinstimmung mit der ökologischen Tragfähigkeit in weltweiter sozialer Balance. Es geht also um die voll umfängliche Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung, statt immer nur darüber zu reden. Die Durchsetzung der **Millenniumsentwicklungsziele**, die im Rahmen der Millenniumserklärung aus dem Jahr 2000 von 192 Staatschefs unterschrieben wurde, gehört als Minimum dazu, wie das die Global Marshall Plan Initiative von Anfang an immer wieder gefordert hat.

Von abgestimmter Umwelt- und Klimapolitik bis zu einem **Weltsozialminimum**, von der Besteuerung von Transaktionen bis zur **Isolierung bzw. Verunmöglichung** von **Finanz- und Steuerparadiesen** sowie an Offshore-Strukturen sind endlich zukunftsfähige Lösungen erforderlich. Off-shore, off-sheet muss ein Ende haben. Eine Einigung auf ein solches Programm wird Querfinanzierungs-Transfers von den reichen Teilen der Welt zu sich entwickelnden Teilen der Welt im Sinne eines weltweiten Marshall Plans beinhalten müssen, im Gegenzug können endlich gemeinsame Schutzstandards für die Umwelt und das Soziale durchgesetzt werden. Ziel ist dabei eine „Ordnung der Balance“ und der Fairness in den Märkten. Das Geld- und Kreditsystem soll dabei wieder primär eine „dienende“ Rolle übernehmen. Substanzielle Renditen im Finanzsektor sollten nur in Form einer fairen Partizipation an ermöglichten Renditen in der Realökonomie erreichbar sein.

Markt + Nachhaltigkeit = weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft
---

## **Das Neue – der internationale Protest**

Nun ist eine neue Situation entstanden. Der erstmals **global zeitgleiche Protest** in fast allen Staaten der G-20 und darüber hinaus schafft erstmals eine gemeinsame internationale Öffentlichkeit und einen partizipatorischen Prozess, als Teilersatz des institutionell fehlenden weltdemokratischen Prozesses zum Umgang mit den aufgeworfenen Themen. Diejenigen, die jetzt protestieren, sind in ihrem **systemischen Denken** und der **supranationalen Orientierung** oft schon weiter als die immer noch primär national argumentierende Politik. Tatsächlich sind die wesentlichen Fragen heute globaler Natur. Wie schon auf dem Höhepunkt der Weltfinanzkrise besteht auch heute wieder in jedem Land politischer Handlungsdruck in eine ähnliche Richtung. In dieser Gemeinsamkeit liegt aktuell eine Chance zur Überwindung der Handlungsblockaden im Kontext einer bisher **inadäquaten supranationalen Koordinierung**, die endlich zugunsten der großen Mehrheit der Menschen ausgestaltet werden soll. In gemeinsamer weltweiter Abstimmung, in Reflektion der Anliegen der Menschen in ihrer großen Mehrheit, kann die Politik in einer zu erwartenden harten Auseinandersetzung mit den Profiteuren des Status quo und ihren mächtigen Lobbystrukturen hoffentlich den erforderlichen Neuanfang koordinieren.

## **Bausteine erforderlicher Veränderungen: Finanzsektor**

Den Finanzsektor in die Schranken weisen

(Die Ordnung unserer Zivilisation kommt von den Menschen und nicht aus dem Finanzsektor)

Die Eigentumsstruktur im Finanzsektor muss bei Verlusten haften

(Eigenkapitalbasis muss gemeinwohlverträglicher erhöht werden; keine Sozialisierung von Verlusten)

## Herstellung von **Transparenz**

(Transparenz aller Prozesse mit Finanzcharakter / Verbot von „Over the Counter-Geschäften“, „TÜV“ und Grundbuch für Finanzprodukte und/oder Finanzmarktakteure; Genehmigungspflicht für neue Produkte)

## „**Too big to fail**“ im Finanzsektor ausschließen

(Banken und Finanzinstitutionen müssen, wo erforderlich, über Aufteilung gemeinwohlverträglich re-dimensioniert werden)

## **Besteuerung** aller Finanzgeschäfte, insbesondere Finanztransaktionen

(Transaktionssteuer/Devisensteuer/Steuer auf den Handel mit strukturierten Produkten)

## **Produktsteuer** für best-geratete (nicht-staatliche) Kreditnehmer

(eine Steuer auf die Schöpfung von Finanzprodukten / Geldschöpfung insbesondere für best-geratete (nicht-staatliche) Kreditnehmer / Leverage Money Tax / Schwellgeldsteuer, auch als Ersatz für die Umsatzsteuer)

## Besteuerung gehebelter spekulativer Investments

(generell muss die relative Zinsbelastung in der Realökonomie günstiger sein als bei spekulativen Aktivitäten ohne direkten Bezug zur Realökonomie)

## Abschaffen / Transformation des **Schattenbankensystems**

(Regulierung und Transparenz bzw. Verbot heutiger grauer Finanzmärkte)

## „Einhegung“ Rating-Agenturen

(Verbesserung der Genehmigung und Aufsicht; keine weiteren Insider-Geschäfte und biased Incentives, „Übersetzung“ gemeinwohlorientierter Anliegen und Nachhaltigkeitserfordernisse in Form rechtlicher Vorgaben zur Behandlung unterschiedlicher Klassen von Anlagen, abhängig von spezifischen Ratinganforderungen)

## **Einhegung Steuerparadiese**

(deutliche Erhöhung des Drucks, automatischer Datenaustausch über Staatsgrenzen gemäß Vorschlag des Financial Stability Board und der OECD. Alle Wert-



schöpfungsprozesse wie ihrer finanziellen Seite sollten transparent sein und in fairer Weise Steuern zahlen; ggf. Kappen elektronischer Transaktionskanäle zu Steuerparadiesen)

Engere Anbindung von Finanz-Instrumenten an die Realökonomie

(hohe Transparenz über Volumina und Halter von Finanzinstrumenten, Nachweis von Lieferfähigkeit, Verbot von Warentermingeschäften zwischen Finanz-Instituten ohne Bezug zu realen Geschäften)

Leerverkäufe / Kreditabsicherung

(nur für Halter der versicherten realökonomischen Basis zulässig, generelle Bevorzugung echter Versicherungen; deutlich kleinerer Kredithebel in diesem Bereich)

Verbot von Security Lending

(inklusive Derivate Lending)

Regulierung von kritischen Märkten

(Nahrung, bestimmte Rohstoffe etc.)

Deutliche Korrektur des „**fair value Prinzip**“ in der Bilanzierung

(Eigenkapital und Vermögenswerte, insofern als sie als Sicherheiten dienen, ehrlich, konservativer und vorsichtiger bewerten als bisher, gerade auch im Finanzsektor und im Bereich der Kreditgenerierung)

**Öffentlichkeit** aller Finanz-, Handels- und Transaktionsinfrastrukturen

(Handelsabwicklungsplattformen und Depotverwahrerstrukturen sind einer öffentlichen Aufsicht zu unterstellen)

Reguläre Bankgeschäfte und Casino-Geschäfte rigoros trennen

(Untersagen riskanter Eigenhandelsgeschäfte für Kreditinstitute)

Verstärkte Corporate Governance und Corporate Social Responsibility Verpflichtungen der gesamten Finanzbranche (Haftung und Steuerehrlichkeit, strafrechtliche Konsequenzen bei Missbrauch, z. B. bei Steuerdelikten und Insidergeschäf-

ten, zumindest in dem heute in den USA üblichen Umfang (in der Regel signifikante Gefängnisstrafen), Verunmöglichung steuerfreier Off-shore-Geschäfte, ggf. durch Isolation entsprechender Steuerparadies)

Grenzen für Gehaltsexzesse

(Regulierungen auf G-20-Ebene zu Gehaltsstrukturen und Boni, inklusive korrespondierende Besteuerungsniveaus)

Die risikofreie Rendite auf Basis best-gerateter Staatsschuldverschreibungen kann maximal die Höhe des jeweiligen Wirtschaftswachstums sein. In diesem Bereich müssen Staaten ihre koordinierte Macht bei der Emittierung von Staatsschuldverschreibungen in Spiel bringen und/oder muss Besteuerung greifen, mindestens so sehr wie bei Arbeitnehmern und im Mittelstand. Hohe Renditen im Finanzsektor können nur resultieren aus der Förderung von Wachstum durch Risikoübernahme und Finanzierung von Innovationen in der Realökonomie. Jedes solche Wachstum muss mit Nachhaltigkeit kompatibel sein, also innerhalb der ökonomischen Tragfähigkeit der Erde stattfinden, sowie vor allem auch der nachhaltigen Entwicklung, der Armutsüberwindung und einer höheren Verteilungsgerechtigkeit dienen. Dies korrespondiert in wesentlichen Aspekten zum Konzept einer „Green Economy“ gemäß den UNEP Planungen für den Rio+20-Gipfel (Wirtschaftswachstum mit stark reduziertem Umweltverbrauch).

### **Bausteine erforderlicher Veränderungen: Realökonomie**

Weltweite Durchsetzung von vereinbarten Standards

(z. B. Durchsetzung der UN-Menschenrechte; der ILO-Vereinbarungen, der Millenniumsentwicklungsziele)

**Gemeinwohlorientierung** des Wirtschaftens / des Eigentums

(Eigentum und Gemeinwohlorientierung gleichermaßen gesetzlich / regulativ fördern)

Voraussetzung für Konsens über Standards schaffen

(Querfinanzierung sozialer und ökologischer Leitplanken; z. B. aus globaler Besteuerung)

Bessere Regulierung innerhalb der WTO

(endlich Durchsetzung der Orientierung des Welthandels an Nachhaltigkeitszielen; Zulassung von Prozessstandards)

**Mindeststeuervolumen** für Staaten

(abhängig vom „BIP“-Größe/pro Kopf, Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen)

**Ökologische Steuerreform**

(substantielle Ökologisierung der Besteuerung; Abbau von Subventionen für Umweltbelastende Aktivitäten; „Green Budget“)

**Automatischer Datenaustausch** bei steuerlich-relevanten Vorgängen

(Durchsetzung des von Seiten des Financial Stability Boards und der OECD favorisierten automatischen Datenaustauschs, zwischen Staaten in steuerrelevanten Fragen, im Finanzsektor sowie in der Realökonomie)

**Mindestlöhne** zur Überwindung der Armut

(abhängig von der „BIP“-Größe pro Kopf; keine „Working Poor“)

**Mindestsozialstandards** zur Überwindung der Armut

(abhängig vom „BIP“/pro Kopf)

Stärkere **Balance** der Einkommensverteilung

(innerhalb des Spektrums der OECD Staaten führt mehr Balance zu besser funktionierenden Gesellschaften. Instrumente betreffen Mindestlöhne, größere Balan-

ce der Einkommensspreizung, Art und Nutzung von Steuern und Abgaben, Querfinanzierung im Bereich der Sozialsysteme)

Von der Weltgemeinschaft gemeinsam verantwortete **Minimal-Allowance** (von z. B. 0,5 USD pro Tag für die Ärmsten zur endgültigen Überwindung des Hungers von Menschen)

Ende der Begünstigung grenzüberschreitender Prozesse und Abläufe (im Verhältnis zu Inlandsprozessen, z. B. bezüglich Transparenz, Sozialabgaben, Besteuerung)

Strafrecht für Fehlverhalten (Steuerbetrug, Insiderhandel, etc. als schwere Delikte strafrechtlich verfolgen und ahnden; inkl. ggf. signifikante Gefängnisstrafen wie heute in den USA)

Jederzeit transparente **gemeinwohlorientierte Eigentumsverhältnisse** (über Mindestanforderungen an Besitzfristen und, wo erforderlich, Grundbuchqualitäten von und Verantwortungsübernahme für Besitz / keine anonymen Truststrukturen)

Hohe Selbstverpflichtung auf Branchenebenen (Durchsetzung über starke globale Branchenverbände / Beispiel: Semiconductor Industry Association)

### **Parlamentarische Versammlung bei den Vereinten Nationen**

(zur Stärkung einer mit Nachhaltigkeit kompatiblen weltweiten Ordnungsstruktur und Governance. Zu dem international vorliegenden Vorschlag für eine solche Versammlung liegt mittlerweile z. B. ein zustimmendes Votum des Europäischen Parlaments vor)

Für eine Realökonomie, die allen zugute kommt, nicht nur den „Stärksten“.

## **Bausteine erforderlicher Veränderungen: Reformfordernisse in Europa**

### Für ein **stärkeres Europas**

(nur in Gemeinsamkeit kann Europa seine Interessen wahren und zu einer lebenswerten Zukunft beitragen)

Weitere Schritte hin zu einer stärker bundesstaatlichen Struktur in Europa  
(Koordination von Wirtschaft, Steuern, Finanzen, Soziales, Umwelt)

### Europa als **nachhaltiger** Raum

(sozial und bezüglich Umwelt, Ressourcen, Klima)

### **New Deal** für Europa

(Wohlstand für die breite Bevölkerung)

Enge Verschuldungsobergrenzen mittelfristig gemeinwohlorientiert durchsetzen  
(nach vorheriger gemeinwohlorientierte Entschuldung; primär finanziert aus der Besteuerung des Finanzsektors und grenzüberschreitender ökonomischer Aktivitäten)

### **Supranationale** Koordination und Aufsicht

(falls Stabilitätsregeln und Abmachungen nicht eingehalten werden)

### Stärkere interne **Querfinanzierung** in Europa

(höhere Transfers und interner Marshall Plan zugunsten europäischer Staaten mit niedrigem Wohlstandsniveau)

### Europa als nicht auflösbarer Haftungsverbund – **Fiskalunion**

(wie die USA; spekulative Angriffe gegen einzelne EU-Staaten unmöglich machen)

Strikte Vorgaben für Rating Agenturen in Europa

(Vorgaben an Rating Agenturen, die aus dem EU Raum heraus für ihre Ratings bezahlt werden dürfen; Einbinden von Gemeinwohl- und Nachhaltigkeitsanforderungen)

Erweiterung des Mandats der EZB bzw. des Rettungsschirms EFSF bzw. Etablierung eines European Monetary Funds

(Stärkung des europäischen Instrumentensystems; Etablierung eines Lender of last resort in Verbindung mit Schritten in Richtung Etablierung einer Fiskalunion)

Etablierung eines europäischen Staatsfinanzierers

(Erweiterung des Mandats der EZB; ersatzweise: Etablierung eines leistungsfähigen Systems von Eurobonds. Durchsetzung eines langfristigen, risikofreien Zinsniveaus für „sichere“ europäische Staatsanleihen unterhalb der Wachstumsraten der Realökonomie als Baustein der Etablierung einer Fiskalunion)

Stärkung **innereuropäischer Demokratieinstrumente**

(In der Zukunft muss die demokratische Basis der EU deutlich gestärkt werden)

Eine stärker bundesstaatliche EU als ökosoziales Modell für die Welt.

### **Bausteine erforderlicher Veränderungen: Eine Ordnung der Balance**

Das Geld- und Kreditsystem soll eine „**dienende**“ Rolle einnehmen.

„Plündern“ darf sich nicht lohnen, weder im Geldsektor noch in der Realökonomie und auch nicht zu Lasten sozialer und ökologischer Anliegen

(1) **Der Markt muss haften** (⇒ Fairer Stabilitätsmechanismus)

- Stabilitätsabgabe: Eine Schwellgeldsteuer (Leverage Money Tax), eine

Produktsteuer auf die Schöpfung von Finanzprodukten

- Geldumlaufsicherung: Das Horten von Zentralbankengeld bei allen Finanzinstituten unterbinden durch eine Maximalreservebegrenzung

(2) **„Sanfte“ Entschuldung**, Ökosoziale Märkte (⇒ Stabilitätsmechanismus für Co-Finanzierung)

- Gemeinwesen ausbauen für umweltgerechtes Wirtschaften
- Stabilitätsabgabe zur Finanzierung von Bildung, alternative Energien etc.

(3) **Transparenz und Haftung** (⇒ den Finanzsektor endlich einhegen)

- „Grundbuch“ für Finanzprodukte
- Öffentliche Ratingagentur
- Niederstwertprinzip statt „fair value“ für Eigenkapital und Vermögenswerte
- Das Monopol der Handelsabwicklungsplattformen und Depotverwahrer brechen

(4) **Globale Fairness und Stabilität** (⇒ Ein 7-Punkte-Plan für ein Weltfinanzsystem in Balance)

- Bindende Umweltstandards auf UN Ebene
- Bindende Sozialstandards auf ILO Ebene
- Verfahrensstandards in der WTO, die auf Umwelt- und Sozialstandards Bezug nehmen
- Globaler Vertrag: Co-Finanzierung von Standards
- Harmonisierung der Steuersysteme und Stabilitätsabgabe
- Schwellgeldsteuer / Leverage Money Tax zur Finanzierung von Balance
- Fairer Stabilitätsmechanismus

**Ziel: eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft**

## Stress pur

Die Ausführungen in Kap. 8 machen deutlich, dass sich die Welt im Stress befindet. Der aktuelle Bericht an den Club of Rome "2052" – düstere Zukunftsvorhersage" [49] thematisiert, dass die **Kurzfristorientierung von Politik und Kapitalismus** dafür verantwortlich ist, dass wir in den wichtigen Fragen der Menschheit nicht weiterkommen. Dies wird – als Generaltenor dieser Texte – vor allem erschwert durch die fehlenden Mechanismen für supranationale Politik mit Zielpotential. Richard von Weizsäcker, der frühere Bundespräsident und Bruder von Carl Friedrich von Weizsäcker, der Vater des Begriffs „**Weltinnenpolitik**“, schrieb in diesem Kontext bereits 1993 [64]:

*„Als der Uno Sicherheitsrat vor knapp fünfzig Jahren geschaffen wurde, definierte man Sicherheit primär militärisch. Inzwischen sind die Waffensysteme immer stärker, raffinierter und teurer geworden.*

*Zugleich erkennen wir ihre völlige Machtlosigkeit gegenüber den Hauptgefahren der Menschheit, nämlich der zentralen und universalen Bedrohung der Lebensbedingungen und der Natur durch Industrienationen und Entwicklungsländer in West und Ost und Nord und Süd.*

*Während der vergangenen 25 Jahre hat sich in Afrika die Zahl von Menschen und Vieh vervierfacht. Damit geht eine Ausbeutung des Bodens einher, für die auch wir im Norden eine Mitverantwortung tragen: Wir beanspruchen für unsere Ernährung viel Eiweiß, Fett und tierische Produkte, für deren Erzeugung wert , rolle pflanzliche Kalorien, Soja und Mais, verschwendet werden. Es sind die Rindfleischimperien, die riesige Waldflächen in Weideflächen umgewandelt haben, welche dann nach wenigen Jahren veröden. Unsere Holz- und Möbelindustrie und wir als ihre Kunden beschleunigen die Umwandlung von Naturwald in Holzplantagen. Die Landflucht in die Riesenstädte verändert und verschärft die Not. Statt uns in die Frage zu verbeißen, wer den Kampf der großen Wirtschaftszentren Amerika, Ostasien und Europa um den Vorrang im nächsten Jahrhundert am ehesten gewinnen könnte, sollte jeder Kontinent Maßnahmen entwickeln, was er zum Beispiel gegen die Gefahr einer globalen Erwärmung der Atmosphäre tun kann und muss, und zwar bevor wir darüber noch genauere wissenschaftliche Prognosen bekommen.*

*Von entscheidender Bedeutung sind also Beiträge aus der Völkergemeinschaft, um den Teufelskreis von mangelnder Ausbildung, Armut, Bevölkerungswachstum, Hunger, Waldsterben, Umweltzerstörung, Migration, Verletzung der Menschenrechte zu durchbrechen.*



Man kann dem früheren Bundespräsidenten nur zustimmen. Mit Blick auf die Weltkonferenz Rio +20, die in diesem Jahr im Juni erneut in Rio de Janeiro stattfindet, sind Global Governance und Green Economy die zentralen Themen. Vielleicht gelingt es der Weltgemeinschaft in Rio, einer „**Welt im Stress**“ endlich den Ausweg in bessere Zeiten und eine nachhaltige Entwicklung zu weisen: **Öko-sozial statt marktradikal.**

## 9. 2°C-Ziel Post-Kyoto - Wälder und Humus als Joker

Die internationale Staatengemeinschaft kommt in Bezug auf den Klimaschutz nur sehr langsam zu gemeinsamen Beschlüssen [47, 48, 62, 63, 64, 66]. Die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen steigen weiter. Letztes Jahr wurde der **Höchststand** erreicht, zugleich wurden die **höchsten jährlichen Zuwächse** realisiert. In dieser Situation stellt sich die Frage, ob der aktuelle Verhandlungsstand nach den Klimakonferenzen in Kopenhagen und Cancún die Basis für einen Post-Kyoto-Vertrag sein kann, mit dem das **2°C-Ziel** noch zu erreichen ist. Diese Frage wird im vorliegenden Text auf der Basis einer FAW/n-Analyse [42, 43] **positiv** beantwortet. Allerdings verlangt eine Zielerreichung komplexe, miteinander verknüpfte Entscheidungen und Maßnahmen, inklusive einem massiven **weltweiten Aufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm**, und es ist eher unwahrscheinlich, dass die Weltgemeinschaft diesen Weg gehen wird. Die Nichterreichung des 2°C-Ziels ist viel wahrscheinlicher.

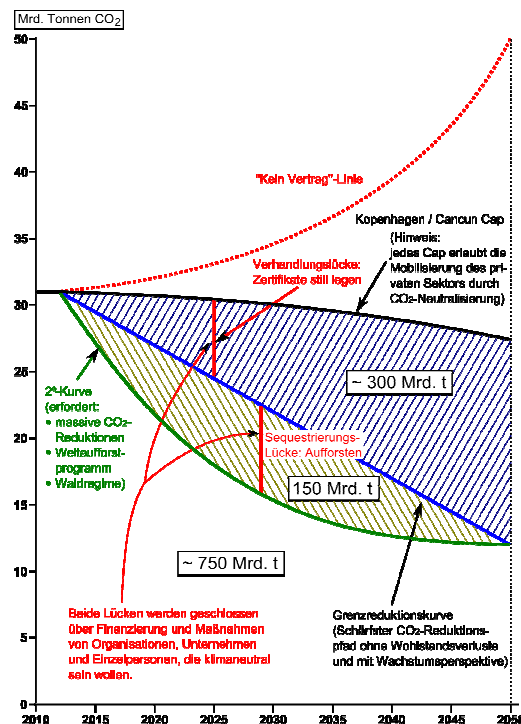
Im Folgenden wird ein auf mathematischen Analysen basierender Ansatz zur Erreichung des 2°C-Ziels präsentiert und zugleich als ein Teilaspekt die zentrale Rolle des **Waldschutzes** und der **Wiederaufforstung** für eine Zielerreichung heraus. Dabei geht es vor allem um **Zeitgewinn** für die notwendigen CO<sub>2</sub>-Reduktionen. Das entsprechende Zeitfenster besteht allerdings nur noch für wenige Jahre [46]. Hinweise auf die Bonn Challenge-Regierungskonferenz zum Thema Weltaufforstungs- und Landschaftsrestaurierung vom 02.09.2011 in Bonn und die Herausarbeitung der Bedeutung des Instruments der **Klimaneutralität** in Verbindung mit einem entsprechenden Aufforstprogramm auf 1,5 Mio. km<sup>2</sup> bis

zum Jahr 2020 und 5 Mio. km<sup>2</sup> bis zum Jahr 2050, komplettieren die Überlegungen.

## Ergebnisse der FAW/n-Studie

Die wesentlichen Einsichten der zugrundeliegenden FAW/n-Studie [42] werden im Folgenden erläutert (vgl. auch die nachfolgende Abbildung).

Abbildung 1:  
Ein Klimavertrag nach Kopenhagen und Cancún  
- div. Caps und Reduktionspfade



Die Weltgesellschaft muss zur Erreichung des 2°C-Ziels die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Quellen von heute 31 Mrd. Tonnen auf 10–12 Mrd. Tonnen im Jahr 2050 absenken. Tatsächlich weisen die Trends im Moment aber eher in Richtung 60 Mrd. Tonnen. Die Absenkung auf die Zielgröße ist dabei noch das kleinere Problem, schwieriger ist die Einhaltung der sogenannten **WBGU-Budget-Gleichung** [64, 66] bezüglich des noch zulässigen kumulierten Volumens an CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Quellen in den nächsten 40 Jahren. Dieses liegt bei maximal 650 bis 750 Mrd. Tonnen. Sollten Zusatzbelastungen aufgrund **nicht-linearer Effekte**

im Klimasystem hinzukommen, verringert sich die zulässige Emissionsmenge noch einmal um 150 bis 200 Mrd. Tonnen. Die Erfüllung der Budgetrestriktion erfordert aus rein rechnerischen Gründen eine sofortige massive Absenkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Form einer **grünen Emissionslinie** (mindestens 1 Mrd. Tonnen Absenkung pro Jahr in den nächsten 15 Jahren), was wiederum aufgrund vieler vorliegender Analysen (vgl. dazu die Hinweise in [42]) ohne massiven Wohlstandsverlust undenkbar ist.

Ohne Wohlstandsverlust und mit Wachstumsperspektive in der sich entwickelnden Welt, insbesondere in Ländern wie China und Indien, ist maximal wohl eine jährliche Absenkung um etwa die Hälfte der oben genannten Größenordnung, also um 1/2 Mrd. Tonne CO<sub>2</sub>-Emissionen über die nächsten 40 Jahre, denkbar (**Grenzreduktionskurve** in Abbildung 1), wobei eine genaue Quantifizierung schwierig ist. Eine solche Absenkung erfordert weltweit den forcierten Umbau der Ökonomie, den Wechsel zu „**grünem**“ **Strom**, eine deutliche **höhere Energieeffizienz** und **veränderte Lebensstile**, wie dies oben bereits dargestellt wurde.

Dass nicht mehr als 1/2 Mrd. Tonne CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Jahr eingespart werden können, liegt an dem hohen Emissionszuwachs in den großen Schwellenländern, die aus nachvollziehbaren Gründen auf **massives weiteres Wachstum** setzen. Wachstum ist das dort dominierende Thema.

Daraus folgt: Die Weltgemeinschaft kann selbst im günstigsten Fall das 2°C-Ziel nicht mehr alleine durch Konzentration auf Technik und veränderte Lebensstile erreichen, obwohl diese natürlich der Schlüssel für die Lösung des Klimaproblems bleiben und bis 2050 ein Absinken der CO<sub>2</sub>-Werte auf **ein Drittel** des heutigen Niveaus erreicht werden muss.

Bis zum Jahr 2050 verbleibt aufgrund des Gesagten eine zu schließende Lücke von mindestens 150 bis 350 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> zwischen der Grenzreduktionslinie und der grünen Emissionslinie, die der Atmosphäre entzogen werden müssen. Diese Lücke wird im Weiteren als **Sequestrierungslücke** bezeichnet (Differenz

zwischen blauer und grüner Linie in Abbildung 1). Sie ist aber nicht das einzige Problem auf dem Weg zu einem funktionierenden Klimaregime. Hinzu kommt: Die Regierungen der Welt werden sich absehbar nicht auf die denkbar schärfste Cap-Linie (Grenzreduktionslinie in Abbildung 1) einigen, die mit dem 2°C-Ziel kompatibel ist. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass der genaue Wert dieser Linie nur in einem dynamischen Prozess Jahr für Jahr bestimmt werden kann, und zum anderen damit, dass die Verteilung der „Lasten“ bei Durchsetzung dieser Linie enorm konfliktbeladen ist. Die Staaten der Welt werden sich aber hoffentlich auf eine Linie einigen können, die wir im Weiteren (wie in Abbildung 1) die (deutlich weniger ambitionierte) **Kopenhagen-Cancún-Linie** nennen. Hier ist dann eine zweite Lücke von etwa 300 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 zu schließen, die sogenannte **Verhandlungslücke**. Ein in dieser Logik entwickelter Vertragsvorschlag wird nachfolgend vorgestellt.

#### **Der FAW/n-Vorschlag für ein neues Klimaregime [42]**

(1) Verabredung eines **weltweiten (parametrisierten) Cap begrenzter Qualität** für CO<sub>2</sub>-Emissionen, möglichst schon ab Ende 2012, entlang der **Kopenhagen-Cancún-Kompromissformel**: Industrieländer senken ihre Emissionen absolut ab; erklären selber wie viel. Nicht-Industrieländer senken ihre Emissionen relativ zu ihrer wirtschaftlichen Wachstumsrate ab; erklären selber wie viel. Freiwillige Zahlungen industrialisierter Länder in einen Klimafonds zu Gunsten nicht-industrialisierter Ländern sollen diesen helfen, sich zu beteiligen (Ergebnis: Kopenhagen-Cancún-Linie in Abbildung 1).

(2) Schließen der **Verhandlungslücke**, also der Lücke zwischen einem Klimavertrag vom Kopenhagen/Cancún-Typ und dem striktesten möglichen Cap für weltweite CO<sub>2</sub>-Emissionen, das mit der Perspektive weiteren Wachstums verträglich ist (Grenzreduktionslinie in Abbildung 1). Die Verhandlungslücke könnte durch Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen durch den Kauf entsprechender Volumina an Klimazertifikaten zu Stilllegungszwecken ge-

geschlossen werden. Ein derartiges Stilllegungsprogramm erfordert eine strikte Regulierung auf UN-Ebene.

(3) Schließen der Lücke zwischen dem striktesten möglichen Cap, das mit der Perspektive weiteren Wachstums verträglich ist (Grenzreduktionslinie in Grafik 1) und dem Cap, das erforderlich ist, um das 2°C-Ziel zu erreichen (grüne Emissionslinie, 2°C-Kurve in Grafik 1), die sogenannte „**Sequestrierungslücke**“. Die Sequestrierungslücke kann durch ein mit Finanzmitteln unterlegtes Weltwaldschutzprogramm und durch ein Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm geschlossen werden, das bis zum Jahr 2020 etwa 1,5 Mio. km<sup>2</sup> und bis zum Jahr 2050 etwa 5 Mio. km<sup>2</sup> degradiertes Wald- und Landschaftsflächen restauriert. Auch hierfür wird ein strikter UN-Rahmen benötigt.

(4) Aktivierung der Finanzkraft und des administrativen Potentials interessierter Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen zur Schließung der Verhandlungs- und der Sequestrierungslücke über das Angebot einer international abgestimmten Form der **Klimaneutralität** für diesen Interessentenkreis, und zwar durch Stilllegung entsprechender CO<sub>2</sub>-Emissionsrechte und/oder Finanzierung eines Waldschutzprogramms und/oder eines Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramms entsprechenden Umfangs.

Der **Kopenhagen/Cancún-Kompromiss**, der auf eine Einigung zwischen den USA und China in dieser Frage zurückgeht, ist eine intelligente Formel und ist im politischen Raum (als ein **Minimalkonsens**) in großer Breite akzeptabel. Er ist politisch vertretbar und vergleichsweise fair, er übersetzt die Kyoto-Formel in eine deutlich schärfere Form und könnte in flexibler Weise erweitert werden um einen jährlichen Beschluss der Weltgemeinschaft über die Jahr für Jahr durch Schließen der Verhandlungslücke zu fixierende genaue **Grenzreduktionslinie**, orientiert an der Frage, wie das vielfach geforderte „Wachstum“ der Wirtschaft, das zunehmend ein dematerialisiertes, mit Nachhaltigkeit kompatibles („grünes“) Wachstum werden muss, noch realisiert werden kann [47, 48].

Verhandlungstechnisch ist der größte Vorteil des Kopenhagen-Cancún-Cap, dass einem solchen Cap fast alle Staaten zustimmen können und dies auch bereits signalisiert haben. Diese können dann in Absprache untereinander und **WTO-kompatibel** solche Staaten, die nach wie vor eine Beteiligung ablehnen, über die Einführung von **Grenzausgleichsabgaben** materiell dazu zwingen, sich ebenfalls zu beteiligen [42].

Damit entsteht ein weltweites **Carbon-Leakage-freies Klimaregime**, mit dem im Prinzip das 2°C Ziel erreicht werden kann, ganz im Unterschied zum heutigen Zertifikatesystem in der EU. In dem beschriebenen Ansatz sind in **Arbeitsteilung** zwischen Politik und Privatsektor (Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen) die zwei beschriebenen Lücken (Verhandlungslücke und Sequestrierungslücke) zu schließen. Die Verhandlungslücke wird nach unseren Schätzungen über den Zeitraum von 40 Jahren bei etwa 300 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub> liegen, die Sequestrierungslücke, abhängig von eventuell auftretenden nichtlinearen Effekten im Klimasystem, bei 150-300 Mrd. Tonnen.

Das Schließen der Lücken wird am einfachsten durch Organisationen, Unternehmen und Privatpersonen, die sich **klimaneutral** stellen wollen, geleistet werden können. Das ist bereits heute ein großes Thema. Hingewiesen sei exemplarisch auf das Projekt „CO<sub>2</sub>-neutrale Landesverwaltung Hessen“ (<http://www.hessen-nachhaltig.de/web/co2-projekt/2>) sowie darauf, dass die Deutsche Bahn, die Lufthansa und DHL alle ihre Produkte mittlerweile klimaneutral anbieten. Ferner haben Unternehmen wie die Deutsche Bank und der französische Logistikdienstleister DPD erklärt, ab 2013 **alle** ihre Klimagasemissionen klimaneutral zu stellen. Klimaneutralität wird zu einem Megatrend. Es gibt auch bereits einen **Ethikappell** führender Ethiker in diese Richtung ([www.klimaneutral-handeln.de](http://www.klimaneutral-handeln.de)). Nicht zuletzt sind es Reputationsanforderungen und der Druck von Konsumenten, die wesentlich in diese Richtung wirken.

Ein robustes, durch die Weltgemeinschaft gestütztes Angebot von Möglichkeiten zur **Erreichung von Klimaneutralität** erweist sich in diesem Kontext als Schlüssel für die Erreichung des 2°C-Ziels. Klimaneutralitätszertifikate beziehen

sich dabei einerseits auf die **Stilllegung** von CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten zur Schließung der Verhandlungslücke, auf **Weltwaldschutz** und auf ein **Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm** auf 1,5 Mio. km<sup>2</sup> bis zum Jahr 2020 und 5 Mio. km<sup>2</sup> bis zum Jahr 2050 zur Schließung der Sequestrierungslücke. Solche Programme sind vom Win-Win-Typ und bringen Wohlstand in ärmere Länder und gleichzeitig Beiträge zum Klimaschutz. Restaurierter Wald kann und soll dabei in einem etwa 40-Jahres-Rhythmus wirtschaftlich genutzt werden, wobei immer sofort wieder aufgeforstet wird. Besseres Landwirtschaftsmanagement zielt vor allem auf die Gewinnung von mehr **Humus**, eines der besten Materialien zur ..... von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre, zugleich ein ..... von der ..... Situation her. Erwähnt sei an dieser Stelle, dass eine Tonne Humus etwa .... Tonnen CO<sub>2</sub> bindet [11].

Die Zeitsituation ist bei all dem kritisch. Wie in [46] gezeigt wird, hätte die Weltgemeinschaft vor 8 Jahren das 2°C-Ziel auch noch ohne Weltaufforstungs- und Landschaftsrestaurierungsprogramm erreichen können, in 8 Jahren wird selbst ein entsprechendes Programm auf 10 Mio. km<sup>2</sup> nicht mehr ausreichen. 10 Mio. km<sup>2</sup> ist nach vorliegenden Analysen [68] die Obergrenze an weltweit verfügbaren marginalisierten Flächen, die zur Nutzung für das Programm in Frage kommen.

(1) **Wo sollen die großen Aufforstungen erfolgen** und gibt es die erforderlichen Flächen?

Die Aufforstung soll primär auf Flächen in den sich entwickelnden Ländern erfolgen, die früher abgeholzt wurden, und zwar in solchen Fällen, in denen die Böden heute ausgelaugt sind und eine attraktive, ökologisch tragfähige alternative Nutzung nicht mehr sinnvoll möglich ist. Nach den oben erwähnten Untersuchungen des World Resources Institute [68] gibt es etwa 5 bis 10 Mio. km<sup>2</sup> solcher Flächen weltweit, die flächenmäßige Basis für die angedachten Programme ist also vorhanden.

## (2) **Wie ist die Nutzungskonkurrenz?**

Die betreffenden Flächen sind heute zum Anbau von Nahrungsmitteln und Agrotreibstoffen nicht geeignet, insofern gibt es keine direkte Konkurrenz. Allerdings kann sich die Flächenkonkurrenz in den nächsten Jahren wieder verschärfen.

(3) **Weltweite Waldaufforstung und Landschaftsrestaurierung** besitzt eine Vielzahl von **Win-Win-Potenzialen**, von verbessertem Wasserhaushalt über neu entstehende Infrastruktur, von Arbeitsplätzen über Ernährung, von vielfältigen Werkstoffen und nutzbaren Materialien bis zu einem enormen Volumen an Biomasse und erschließbarer Formen von erneuerbarer Energie. In Bezug auf erneuerbare Energie geht es bei einer Nutzung des gesamten Aufforstvolumens im 40 Jahreszyklus um das Äquivalent von etwa 1,8 Mrd. Tonnen Steinkohle pro Jahr. Das ist das Volumen, das die Nicht-Industrieländer heute pro Jahr verbrauchen [42]. Wird Holz als Rohstoff genutzt, was sehr sinnvoll ist, dann kann das CO<sub>2</sub> der Atmosphäre noch viel länger und in noch größeren Volumina entzogen werden. Hinweis: Es geht, wie zuvor beschrieben, bei dem Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm **primär um Zeitgewinn** [46]. Das einmalige Entziehen von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre bleibt bei regelmäßiger Waldnutzung und sofortiger Aufforstung übrigens erhalten.

(4) **Sind die Kosten tragbar?** Über 40 Jahre geht es (inklusive Waldschutz) um die Stilllegung bzw. Neutralisierung von bis zu 800 Mrd. Tonnen CO<sub>2</sub>, also pro Jahr im Mittel um etwa 20 Mrd. Tonnen, das entspricht pro Jahr vom Umfang her etwa 2/3 der heutigen jährlichen weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Quellen. Diese übersetzen sich unter Berücksichtigung der aus Aufforstprogrammen resultierenden erheblichen zukünftigen Einnahmen in 200-400 Mrd. Dollar pro Jahr als erforderliches Finanzvolumen, das von Seiten des privaten Sektors zur Erreichung von Klimaneutralität aufgebracht werden müsste. Wenn nur gut das **reichste Prozent der Weltbevölkerung** - dies sind 100 Mio. Menschen - je 2.000-4.000 Dollar pro Jahr direkt oder indirekt (über nachgefragte Güter und Dienstleistungen) für Klimaneutralität aufbringen, wäre das benötigte Finanzierungsvolumen bereits erreicht. Zugleich wäre damit eine **komplementäre Gerechtigkeit** zwischen reichen und armen Ländern, nämlich die zwischen



Normalbürgern und Premiumkonsumenten geschlossen. Tatsächlich ist die Basis für eine Mit-Finanzierung sogar deutlich größer als nur 1 % der Bevölkerung und insofern sind die Aussichten auf Zielerreichung nicht schlecht, wenn die internationale Politik die entsprechenden Voraussetzungen schafft, z.B. in Form des hier vorgeschlagenen Ansatzes.

### **Zeit als Schlüsselressource**

Es geht bei dem beschriebenen Weltwaldaufforstungs- und Landschaftsrestaurierungsprogramm **nicht** um eine Alternative zum Umbau der Industriegesellschaft zu immer mehr „grüner“ Energie und zu daran angepassten Lebensstilen. Diese Veränderungen müssen in jedem Fall erfolgen, wenn das 2°C-Ziel erreicht werden soll. Es geht vielmehr darum, in einem Parallelprozess die erforderliche Zeit zu einer maximalen Ausschöpfung der Möglichkeiten im technisch-organisatorischen Bereich und bezüglich der Lebensstile zu gewinnen, unter dem Motto: **„Einmal Klimaschutz ist nicht genug“**. Ohne die Erschließung eines Zeitgewinns ist das 2°C-Ziel in politisch konsensfähiger Weise **nicht mehr erreichbar**. Die Zeitnot resultiert daraus, dass die Staaten der Welt schon viel zu lange keine Einigung bzgl. eines tragfähigen Klimavertrags zustande gebracht haben. Klimaneutralität ist der Finanzierungsschlüssel zur Erreichung des beschriebenen Ziels und damit das Gegenteil von **„Freikauf“**, wie Aufforstung manchmal abqualifiziert wird. Beide Handlungsstränge müssen parallel mit höchster Kraft verfolgt werden. Da der Staatengemeinschaft die Zeit unwiederbringlich wegläuft, sind massive Schritte erforderlich. Schon in 8 Jahren wird uns selbst der „Joker Wald“ die Chance für das 2°C-Ziel nicht mehr eröffnen [46]. Wir müssen rasch handeln oder das 2°C-Ziel aufgeben.

## 10. Doppelstrategie: Führung in schwierigen Zeiten

Der beschriebene Hintergrund einer globalen marktradikalen Entfesselung hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Möglichkeiten von Politik in Europa und ebenso die Möglichkeit von Unternehmen im **weltweiten Wettkampf um Kunden und Märkte** [30, 31, 34]. Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas unter den bestehenden weltweiten Rahmenbedingungen zwingt auch die Europäer immer stärker dazu, sich der Logik des marktradikalen, entfesselten Wirtschaftsmodells zu unterwerfen, auch weit über einen sicher ebenfalls erforderlichen, vernünftigen Umfang an Deregulierung hinaus. Das vielleicht größte Problem besteht darin, dass globale Akteure unter dem Aspekt der Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit auch bei uns **nicht mehr adäquat besteuert werden können**. Dies gilt übrigens auch für viele gut verdienende Steuerzahler. Anders betrachtet muss eingesetztes Eigenkapital mit **überzogenen Renditen** bedient werden, da dieses sonst an andere Standorte ausweicht. **Steueroasen**, Offshore-Bankplätze, und manche Sonderentwicklungszonen sind, wie oben dargestellt, Teil des Problems. Hier ist eine weltweite Koordination zwischen den entwickelten Staaten erforderlich, um diese Missstände ein für alle Mal auszuschalten. Dies ist ein Thema, auf das z.B. der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt immer wieder nachdrücklich hingewiesen hat [55] und dessen sich, wie beschreiben, auch der G20 Prozess im Kontext der Bewältigung der Weltfinanzkrise angenommen hat [37, 39, 57]. Inzwischen gibt es hier, z.B. in der Wechselwirkung mit der **Schweiz und Liechtenstein** bezüglich der Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland, erste Fortschritte.

Die Folgen der problematischen, weltweit ablaufenden Prozesse sind in Europa zunehmend zu beobachten, und zwar in Form des Rückbaus der Sozialsysteme, der Privatisierung von Gemeingütern, des Rückbaus im Gesundheitsbereich sowie des Rückbaus der breiten Ausbildung der gesamten Bevölkerung, die bisher noch auf das Ziel der **vollen Entfaltung aller humanen Potentiale** ausgerichtet ist.

In der beschriebenen Situation ist ein **situatives Handeln**, eine **Doppelstrategie** erforderlich [29, 34]. Ein solches Handeln besteht darin, einerseits gegen-

über den Bürgern deutlich zu machen, wie aktuelle Globalisierungsprozesse sozialen Rückbau und zunehmende Unterlaufung ökologischer Standards zur Folge haben, und andererseits konsequent an besseren weltweiten Rahmenbedingungen zu arbeiten, um diese inakzeptable Situation baldmöglichst durch internationale Abkommen zu überwinden. Intelligente Ansätze im Bereich Umwelt und Klima, wie das in Kap. 9 beschriebene Weltaufforst- und Landschaftsrestaurierungsprogramm, können dabei Chancen eröffnen. Bei geringen Kosten bei uns wird mehr für den Umweltschutz und das Klima bewegt. Weltweite Partnerschaften zu wechselseitigem Vorteil bekommen eine Chance – Win-Win-Ansätze.

Eine »Intelligente doppelstrategische Verteidigungslinie« in Europa zur Bewältigung der aktuellen Probleme vor dem Hintergrund der Globalisierung ist aufgrund des Gesagten das Ziel. In Kap. 10 wurden Hinweise darauf gegeben, wie das aussehen kann – mit Blick auf die **ganze Welt**, aber auch **Europa** und mit Blick auf den **Finanzsektor** wie die **Realökonomie**.

Dies erfordert:

- Anstrengungen für ein vernünftiges Design der globalen Ökonomie (**aktive Globalisierungsgestaltung** [37]).
- Organisation **intelligenter Verteidigungsprozesse** in Deutschland und Europa, solange ein vernünftiges weltweites Ordnungsregime noch nicht implementiert ist (vgl. ergänzend auch [www.senat-deutschland.de](http://www.senat-deutschland.de)).?????

Die Lage ist schwierig, der Stress groß, die Zeit drängt – wahrscheinlich wird erst die nächste große Krise, die im Bereich der Staatsfinanzen weltweit absehbar ist, zur Stunde der Wahrheit: Balance oder Zerstörung. Es gilt, sich auf diesen Moment gut vorzubereiten.

## Literatur

1. Alt, F., Gollmann, R., Neudeck, R.: Eine bessere Welt ist möglich – Ein Marshallplan für Arbeit, Entwicklung und Freiheit, Riemann Verlag, München, 2004.
2. Beck, U., Cohn-Bendit, D.: Wir sind Europa, Manifest 2012.
3. Deutsche Gesellschaft CLUB OF ROME e.V. (Hrsg.), DESERTEC Foundation: Der DESERTEC-Atlas. Weltatlas zu den erneuerbaren Energien, CEP Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 2011.
4. Diamond, J.: Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main, 2005.
5. Foppe, W.: nähere Informationen zur Super-Tief-Bohrtechnologie unter [info@foppe-technologien.de](mailto:info@foppe-technologien.de).
6. Frey, A.: Das Konzept Weltvertrag: Evaluation internationaler Rahmenbedingungen. Dissertation, 2007.
7. Global Marshall Plan Initiative: Towards a World in Balance – European Hope (TWINS), Ebner & Spiegel Verlag, Dezember 2006.
8. Glotz, P.: Die beschleunigte Gesellschaft – Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus. Rowohlt Verlag, April 2001.
9. Grassmann, P. H.: Burn out. Wie wir eine aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder ins Lot bringen, oekom-Verlag, München, 2010.
10. Herlyn, E., Radermacher, F. J.: Ökosoziale Marktwirtschaft, Wirtschaften und Wachsen unter Constraints der Nachhaltigkeit. Erscheint in: Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie (H. Rogall, ed.), 2012.
11. Idel, A: Die Kuh ist kein Klima-Killer: Wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können. Metropolis, 2010.
12. Jarass, L. und G. M. Obermaier: Wer soll das bezahlen? Metropolis Verlag, 2002.
13. Jarass, L. und G. M. Obermaier: Geheimnisse der Unternehmenssteuern, Metropolis Verlag, 2003.
14. Kapitza, S.: Population Blow-up and after. Report to the Club of Rome and the Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2005.
15. Kay, J.: The truth about markets. Why some nations are rich but most remain poor. Penguin Books, 2004
16. Küng, H.: Projekt Weltethos, 2nd ed., Piper, 1993.
17. Küng, H.: Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft, München, 1997.
18. Küng, H. (ed.): Globale Unternehmen – globales Ethos. Frankfurter Allgemeine Buch, Frankfurt, 2001.
19. Küng H., K.-J. Kuschel (ed.): Erklärung zum Weltethos – Die Deklaration des Parlamentes der Weltreligionen, München 1993.
20. Lakoff, G.: Don't Think of an Elephant! Know Your Values and Frame the Debate. The Essential Guide for Progressives. Chelsea Green Publishing, Whit River Junction, Vermont, USA, 2004.
21. Layard, R.: Die Glückliche Gesellschaft – Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main, 2005.

22. Mesarovic, M., R. Pestel, F. J. Radermacher: Which Future?, Contribution to EU Projekt Terra ([www.terra2000.org](http://www.terra2000.org)), 2003.
23. Milde, R., Radermacher, F.J.: Last Exit 2050. Kathy, George und die Sehmaschine oder Der Klang der Welt am Ende des Jahrtausends. J. Ebner Graphische Betriebe GmbH & Co KG, Ulm, 1999.
24. Müller, A.: Die Reformlüge – 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. Knauer Taschenbuch Verlag, 2005.
25. Neiryneck, J.: Der göttliche Ingenieur. expert-Verlag, Renningen, 1994.
26. Pestel, R., F. J. Radermacher: Equity, Wealth and Growth: Why Market Fundamentalism Makes Countries Poor. Manuscript to the EU Projekt TERRA 2000, FAW, 2003.
27. Radermacher, F.J.: Globalisierung und Informationstechnologie. In: Weltinnenpolitik. Internationale Tagung anlässlich des 85. Geburtstages von Carl-Friedrich von Weizsäcker, Evangelische Akademie Tutzing, 1997 (U. Bartosch und J. Wagner, eds.) S. 105-117, LIT Verlag, Münster, 1998.
28. Radermacher, F. J.: Die neue Zukunftsformel. bild der wissenschaft, Heft 4/2002, S. 78-86, April 2002.
29. Radermacher, F.J.: Balance oder Zerstörung: Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, August 2002.
30. Radermacher, F.J.: Die Zukunft der Wirtschaft: Nachhaltigkeitskonformes Wachstum, sozialer Ausgleich, kulturelle Balance und Ökologie. Tagung des Universitäts.Clubs Klagenfurt, Abbazia di Rosazzo, Friaul/Italien, 2003.
31. Radermacher, F.J.: Perspektiven für den Globus – welche Zukunft liegt vor uns? Festvortrag bei der Eröffnung der Intergeo, Hamburg, September 2003. zfv – Zeitschrift für Geodäsie, Geodateninformation und Landmanagement, Teil 1 in Heft 3/2004, 129. Jg., Juni 2004; Teil 2 in Heft 4, S. 242-248, 2004.
32. Radermacher, F.J.: Global Marshall Plan / Ein Planetary Contract. Für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft. Ökosoziales Forum Europa (ed.), Wien, September 2004.
33. Radermacher, F.J.: Ökosoziale Grundlagen für Nachhaltigkeitspfade – Warum der Marktfundamentalismus die Welt arm macht. GAIA 13, Nr. 3, 170-175, 2004.
34. Radermacher, F.J.: Der Standort Deutschland im Kontext der Globalisierung: Herausforderung für Menschen, Unternehmen und die Politik, 2005.
35. Radermacher, F.J.: Was macht Gesellschaften reich? Die Infrastruktur als wesentlicher Baustein. In: Infrastruktur für eine nachhaltige Entwicklung (R. Loske, R. Schaeffer, eds.), Metropolis Verlag, Marburg, 2005.
36. Radermacher, F.J.: Globalisierung und Mittelstand: Warum eine falsch laufende Globalisierung soziale Demokratien unter Druck setzt. Festrede anlässlich des SPD-Wirtschaftsempfangs, Berlin, 2005.
37. Radermacher, F.J.: Globalisierung gestalten – Die neue zentrale Aufgabe der Politik. Terra Media Verlag, Berlin, 2006.
38. Radermacher, F.J. Die Subprime-Krise 2007/2008: Finanztechnische Modellierungsfragen und Grenzen der Modellierbarkeit, Interner FAW/n Bericht, Dezember 2008 / aktualisiert März 2009.

39. Radermacher, F.J.: Weltfinanzmarktkrise: Hintergründe, Wirkungsmechanismen, Perspektiven, Interner FAW/n-Bericht, März 2009.
40. Radermacher, F.J., Beyers, B.: Welt mit Zukunft – Überleben im 21. Jahrhundert, Murmann Verlag, Hamburg 2007.
41. Radermacher, F.J.: Die Zukunft unserer Welt – Navigieren in schwierigem Gelände. Edition Stifterverband (Andreas Schlüter, ed.), 2010.
42. Radermacher, F.J.: Weltklimapolitik nach Kopenhagen: Umsetzung der neuen Potentiale. FAW/n-Report, 2010.
43. Radermacher, F.J.: Wege zum 2-Grad-Ziel – Wälder als Joker. Politische Ökologie 127, Bürgerbeteiligung 3.0, S. 128-131, 2011.
44. Radermacher, F.J.: Den Casino-Kapitalismus überwinden. Der Marktfundamentalismus ist gescheitert und „Plünderung“ kein tragfähiges Geschäftsmodell. Zusammenfassung von NGO-Inputs aus dem Umfeld der Global Marshall Plan Initiative, November 2011.
45. Radermacher, F.J., S. Wehsener: Musical „The Globalization Saga - Balance or Destruction – Balance oder Zerstörung“. Ulm, 2003. Storybook (ISBN 3-89559-260-9), Video / DVD und CD bestellbar über Fax 0731 50-39111 oder [radermacher@faw-neu-ulm.de](mailto:radermacher@faw-neu-ulm.de).
46. Radermacher, F.J.: Klimapolitik und 2°C-Ziel: Uns läuft die Zeit davon. FAW/n-Bericht, 2010.
47. Radermacher, F.J., Bert Beyers: Welt mit Zukunft – Die Ökosoziale Perspektive. Murmann Verlag, Hamburg, 2011.
48. Radermacher, F. J., Josef Riegler, Hubert Weiger: Ökosoziale Marktwirtschaft – Historie, Programm und Perspektive eines zukunftsfähigen globalen Wirtschaftssystems. oekom Verlag, 2011.
49. Randers, Jörgen: 2052: A global forecast for the Next forty Years, 2012
50. Riegler, J.: Antworten auf die Zukunft, Ökosoziale Marktwirtschaft, Adolf Holzhausens Nfg., Wien, 1990.
51. Riegler, J., F.J. Radermacher: Global Marshall Plan: Balance the world with an Eco-Social Market Economy. Ökosozielles Forum Europa, Wien und Global Marshall Plan Initiative, Hamburg, 2004.
52. Rogall, H.: Nachhaltige Ökonomie. Ökonomische Theorie und Praxis einer Nachhaltigen Entwicklung. 2. überarbeitete Auflage, Metropolis-Verlag, Marburg, 2012.
53. Sabet, H.: Globale Maßlosigkeit – Der (un)aufhaltbare Zusammenbruch des weltweiten Mittelstands, Ein Report an die Global Marshall Plan Initiative, Patmos Verlag GmbH & Co. KG, Düsseldorf, 2005.
54. Schlaich, J., R. Bergermann, W. Schiel, G. Weinrebe: Aufwindkraftwerke zur solaren Stromerzeugung. Erschwinglich – unerschöpflich – global. CD-ROM mit Begleitheft. Bauwerk Verlag, Berlin 2004, ISBN 3-934369-51-0.
55. Schmidt, Helmut: Beaufsichtigt die neuen Großspekulanten, Artikel erschienen in DIE ZEIT Nr. 6, 1. Februar 2007.
56. Solte, D.: Weltfinanzsystem am Limit - Einblicke in den „Heiligen Gral“ der Globalisierung, Terra Media Verlag, 1. Auflage November 2007, 2. Auflage, Februar 2009.
57. Solte, D.: Weltfinanzsystem in Balance - Ausgewählte Handlungsoptionen zur Reaktion auf die Krise, Terra Media Verlag, Berlin, April 2009.

58. Spiegel, P.: Faktor Mensch – Ein humanes Weltwirtschaftswunder ist möglich, Ein Report an die Global Marshall Plan Initiative, Horizonte Verlag GmbH, Stuttgart, 2005.
59. Stiglitz, J. E.: Die Chancen der Globalisierung, Siedler Verlag, München, 2006.
60. Tremmel, J. C.: A Theory of Intergenerational Justice, Earthscan Verlag, 2009.
61. Vogel, R.: Intelligenz tötet Umwelt ... und ich? IQ 2 Verlag, Biberach/Riß, 2994.
62. von Weizsäcker, C. F., Picht, G.: Bedingungen des Friedens. Göttingen, 1964.
63. von Weizsäcker, E.U., Young, O.R., Finger, M.: Limits to Privatization – How to Avoid Too Much of a Good Thing. Earthscan Publications Ltd., 2005.
64. von Weizsäcker, R.: Außenpolitik muss heute Erdpolitik sein, DIE ZEIT No. 50, <http://www.zeit.de/1993/50/aussenpolitik-muss-heute-erdpolitik-sein/komplettansicht>, 10.12.1993.
65. Wilkinson, R., Pickett, K.: Spirit Level - Why Equality is Better for Everyone. Penguin Books Ltd, London, 2009/2010
66. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU; Hrsg.): Kassensturz für den Klimavertrag – Der Budgetansatz. Sondergutachten, 2008.
67. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU; Hrsg.): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten, 2011.
68. World Culture Forum: Dresdner Manifest – 10 Wünsche und Forderungen an die Regierungschefs der G20. Abschlusskommuniqué des 2. World Culture Forum, Dresden, 2009; [www.wcf-dresden.org](http://www.wcf-dresden.org)
69. World Resources Institute: Global Map of Forest Landscape Restoration Opportunities. Online at: <http://www.wri.org/map/global-map-forest-landscape-restoration-opportunities>. Washington DC, 2010.
70. Wuppertal Institut für Umwelt, Klima, Energie (Hrsg.): Fair Future – Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit. C. H. Beck, 2005.

Weitere Informationen unter: [www.bwa-deutschland.de](http://www.bwa-deutschland.de), [www.faw-neu-ulm.de](http://www.faw-neu-ulm.de) oder [www.globalmarshallplan.org](http://www.globalmarshallplan.org)

Unter der letztgenannten Adresse kann kostenlos der wöchentliche Newsletter der Global Marshall Plan Initiative abonniert werden. Es können dort auch Bücher bestellt werden.